

Sturm bei den Halle'schen Nazis

Halle, 26. Januar. Im Gau Halle-Merseburg der NSDAP. spielen sich Vorgänge ab, die zeigen, in welcher schweren Krise sich die Nazis befinden. Der Gauleiter und Reichstagsabgeordnete Hinke wurde von Hitler abgesetzt. Statt dessen kam ein bayerischer Landtagsabgeordneter Jordan auf diesen Posten, der aber mit stürmischen Protesten in Halle empfangen wurde. Auf dem Gaubüro verweigerte man ihm den Zutritt. Eine Reihe von Funktionären schloß dem neuen Gauleiter starken Widerstand, so daß eine Auflösung der Ortsgruppe Halle und auch anderer Gruppen erwogen wird. Es ist damit zu rechnen, daß die Differenzen in diesem Gau noch weit größere Ausmaße annehmen.

Abfuhr der Nazis in Wriezen

Wriezen, 26. Januar. Die Falenkreuzer versuchten am Sonntag, durch einen Umzug die Bevölkerung zu provozieren. Die Kommunistische Partei setzte einen Gegenmarsch an, der sich trotz brutalster Naziangriffe siegreich in den Wriezener Straßen behauptete. Die Nazis versuchten an verschiedenen Stellen, unehren Zug zu erzwingen, was aber stets mit einer proletarischen Abreibung für die Angreifer endete, trotzdem die Nazis im Besitze von Waffen waren.

SPD.- und KPD.-Arbeiter in der Einheitsfront

Dresden, 26. Januar. In einer Radeberger Naziversammlung gingen sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter gemeinsam gegen die Nazis vor, als diese, um einer Disziplin auszuweichen, brutal auf Arbeiter einschlugen. Die Saalschlacht war planmäßig von den Naziprokateuren organisiert worden.

Dixpreußische Arbeiter in erfolgreicher Abwehr

Königsberg, 26. Januar. Die Nazis führen zur Zeit in Ostpreußen eine Versammlungskampagne durch. Sie trauen sich aber nur mit großen Kolonnen auf die Dörfer, wobei sie jede Gelegenheit benutzen, revolutionäre Arbeiter zu überfallen. In dem Dorf Lauth stießen die Mordbanditen auf eine starke Gegenwehr der Arbeiterschaft, so daß, als die Nazis schließlich noch Verstärkung aus Königsberg bekamen, sich schwere Zusammenstöße ereigneten, bei denen vier Nazis schwer und eine große Anzahl leicht verletzt wurden. Darauf flüchteten die Nazis aus dem Dorf.

Abfuhr für Naziprokateure in Holstein

Hamburg, 26. Januar. Die Nazis hatten am Sonntag in Franschüttelboog einen Aufmarsch angelegt, gegen den sich die große Mehrheit der werktätigen Bevölkerung wandte. Der Aufmarsch wurde händig von stürmischen „Nieder!“ und „Wju!“-Rufen begleitet, worauf Polizei zum Schutz der Nazis erschien. Eine Reihe von Nazis, die auf Arbeiter einschlugen, stießen auf energische Abwehr. Mehrere Nazis wurden verletzt.

Saalschlacht vor Diskussion

Leipzig, 26. Januar. In Penig a. M. u. d. ereignete sich eine große Saalschlacht, als kommunistischen Arbeitern in einer Naziverammlung die Diskussion verweigert wurde. Die Saaleinrichtung ging vollkommen in Trümmer. Das Ueberfalltrotz wegen einer angeblichen Panne zu spät ein.

„Die Menschenwürde der Frau“

Was die SPD.-Bürokratie darunter versteht

Leipzig, 26. Januar. In einer öffentlichen Frauenversammlung der SPD. mit dem Thema „Die Menschenwürde der Frau ist in Gefahr“ wurde jede Diskussion verweigert. Als eine kommunistische Arbeiterin trotzdem den Versuch machte, zu sprechen, wurde sie von durch die Bürokratie ausgehenden Reichsbannerleuten von ihrem Stuhl gerissen und unter ständigem Prügel aus dem Saal geschleift. Eine andere Arbeiterin erhielt von einem Reichsbannermann einen Tritt in den Unterleib. Unter lautem Anschreien, also auch unter den SPD.-Arbeitern, war über diesen Skandal eine große Empörung.

Reaktionäres Wahlgesetz in Bayern

113 Wahlkreise geschaffen

München, 24. Januar. Im Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages wurde das neue reaktionäre Landeswahlgesetz verabschiedet. Nach diesem Wahlgesetz ist Bayern in 113 Wahlkreise eingeteilt, in denen je ein Abgeordneter gewählt wird. Dieses reaktionäre Wahlgesetz richtet sich selbstverständlich besonders gegen die Kommunistische Partei, denn man wird versuchen, durch Koalition von der SPD. bis zu den Bürgerlichen die Wahl von Kommunisten möglichst zu verhindern. Dieses Gesetz hat im Verfassungsausschuß bereits die notwendige Zweidrittelmehrheit erhalten.

Hochverratsklage wegen Aufrorderung zum Steuerstreik

Selb, Bayern, 24. Januar. Die kommunistische Gemeindefraktion in Selb hatte in einer Stadtratsitzung die werktätige Bevölkerung zur Verweigerung der reaktionären Steuern aufgefordert. Der Genosse Prell, der diese Aufforderung politisch begründete, erhielt in diesen Tagen von der Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Hochverrats zugestellt. Die Aufforderung zum Kampf gegen die unerhörten Massenkassationen wird als Widerstand gegen die Staatsgewalt in der Klagebegründung bezeichnet.

Ob diejenigen, die dieses Hochverratsverfahren betreiben, tatsächlich glauben, daß sie mit solchen Prozessen die kommunistische Partei abhalten können, rücksichtslos für die Interessen der Werktätigen zu kämpfen?

Preußen gegen das rote Berlin

Durchpeitschung des Diktaturgesetzes gegen Berlin im Landtag — Severing als Einseitiger Heuchlerische Phrasen über „Selbstverwaltung“ — Der Berliner Oberbürgermeister soll Diktaturgewalt erhalten

Severing hat gestern im Gemeindeforschuss des Preussischen Landtages seine groß angelegte Rede zu dem Diktaturgesetz gegen Berlin gehalten. Die eigentliche Bedeutung dieser Rede liegt in der Forderung Severings, das sogenannte Berliner „Selbstverwaltungs-gesetz“, das dem Landtag schon einige Monate vorliegt, jetzt in schnellstem Tempo anzunehmen.

Severing erklärte, daß die großen Schwierigkeiten, die das Jahr 1931 bringen werde, „die Notwendigkeit drakonischer Abstriche auf der Ausgabe-seite, die man mit dem Ausdruck Ersparnisse kaum mehr richtig bezeichnen kann“, die schnellste Erledigung des Gesetzes notwendig mache.

Er verlangte ultimativ die Erledigung des Gesetzes in wenigen Wochen. Die angekündigten drakonischen Abstriche auf der Ausgabe-seite kündigen einen verstärkten Abbau der sozialen und kulturellen Ausgaben der Stadt Berlin in einem Umfange an, der bisher für unmöglich gehalten wurde. Insbesondere werden die Empfänger von Wohlschrittsunterstützung, in erster Linie die Erwerbslosen, von den Auswirkungen des Diktaturgesetzes betroffen.

Die Angst der bürgerlichen Parteien vor einer schnellen Neuwahl der Berliner Stadtverordnetenversammlung zerstreute Severing mit den Worten, daß er einsehe, daß in der nächsten Zeit angesichts der Notlage der breiten Massen die

Durchführung von Neuwahlen unzweckmäßig sei. Man wird ausdrücklich in das Gesetz hineinschreiben, daß die Bestimmungen über die Verkleinerung der Stadtverordnetenversammlung erst bei der nächsten Neuwahl in Kraft treten. Die Bezirksversammlungen könne man einfach auflösen und davonjagen und an ihrer Stelle die im Gesetz vorgesehenen Bezirksräte einsetzen.

Gegenüber allen Einwendungen gegen die Diktatur des Oberbürgermeisters erklärte Severing, daß die Regierung von der Forderung, dem Oberbürgermeister die Stelle eines Diktators zu geben, nicht abgehen könne. Auch an den diktatorischen Machtvollkommenheiten des Kleinen, unter Leitung des Oberbürgermeisters stehenden Direktoriums dürfe nicht gerüttelt werden. Es sei aber nicht zweckmäßig, wenn diese Instanz in der Presse als ein Direktorium bezeichnet werde. Das klingt Severing zu sehr nach Faschismus, und er möchte dieser Diktatur ein Mantelchen demokratischer Phrasen umhängen. Das ist allerdings sehr durchsichtig.

Die Sitzung hat gezeigt, daß alle Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen bereit sind, die Wünsche Severings schnellstens zum Gesetz werden zu lassen. Spätestens im März soll das Gesetz dann im Plenum verabschiedet werden.

Groener verteidigt Canaris

Eine Erklärung des Reichswehrministeriums zu den Aussagen im Jorns-Prozess

Nach den sensationellen Aussagen des ehemaligen Rechtsanwalts Brederel im Jorns-Prozess, daß der damalige Kapitänleutnant und heutige Konteradmiral Canaris den Mördern Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs finanziell zur Flucht verholfen hätte, durfte man auf die Erklärung des Reichswehrministers Groener zu dieser Sache sehr gespannt sein. Zwar hat wohl niemand erwartet, daß Groener etwas gegen Canaris unternehmen würde, aber die Art, wie Canaris für „unschuldig“ erklärt wird, übertrifft doch alles bisher dagewesene.

Nach der Erklärung des Reichswehrministeriums hat Canaris den Rechtsanwalt Brederel „einige Monate nach dem Prozess“ gegen die Mörderoffiziere besucht, was jedoch die Tatsache nicht abschwächt, daß der Richter Canaris mit den Mördern ein Herz und eine Seele war. Die weitere Behauptung des Reichswehrministeriums, daß das Geld nur abgeholt worden sei, „um die Lage der Brüder Pilgert-Hartung zu erleichtern“, ist selbstverständlich auch eine glatte Bestätigung unserer bisherigen Auffassungen.

Herr Canaris ist heute nicht mehr Kapitänleutnant, sondern inzwischen unter der Obhut Geylers und Groeners zum Konteradmiral und zum Stabschef der Marinestation Nordsee avan-

ciert. Daß also das Reichswehrministerium Canaris trotz seiner mehr als eigenartigen Rolle rechtfertigt und stützt, war von vornherein zu erwarten. Die Arbeiterschaft registriert diese Tatsache und wird sie zu den Fällen legen, die noch auf ihre Erledigung warten.

Der 78. „Hochverräter“

Leipzig, 26. Januar. Vor dem 4. Strafsenat wurde der Jugendgenosse Alfred Stolze wegen einer Rede, die er bei dem Treffen der freien Gewerkschaften bei Köln gehalten hatte, zu anderthalb Jahren Festung verurteilt. Als Grund wird angegeben, daß er dabei die Reichswehr und die Polizei zum gemeinsamen Kampf mit dem Proletariat aufgefordert habe, während der tatsächliche Grund darin zu suchen ist, daß der Jugendverband gerade in Köln seine Mitgliedschaft um 100 Prozent in der letzten Zeit steigern konnte und eine äußerst aktive revolutionäre Tätigkeit entfaltet.

Partei vorstands-Diktatur über die SAJ.

Organisatorische Beschlüsse des Hauptvorstandes der SAJ. — Nur parteivorstandstreue Gesinnung wird gestattet

Ueber die letzte Sitzung des Reichsausschusses werden von der Plauener „Volkszeitung“ bemerkenswerte Veröffentlichungen gemacht. Auf Antrag des Hauptvorstandes beschloß der Reichsausschuß gegen 8 Stimmen, „Ausführungsbestimmungen zu den Verbandsauftragungen“, durch die die SAJ. völlig unter Diktatur der Parteivorstände gestellt wird. Diese Ausführungsbestimmungen legen unter anderem fest:

„Parteimitglieder über 20 Jahre dürfen Funktionen in der SAJ. nur ausüben, wenn sie das Vertrauen der Jugend besitzen und wenn die für ihr Arbeitsgebiet zuständige Organisationsleitung der Partei (Ortsvereinsvorstand, Unterbezirksvorstand oder Bezirksvorstand) ihre Zustimmung zur Ausübung dieser Funktion gibt.

Die von den Bezirken zu wählenden Delegierten zur Reichskonferenz, müssen sich im jugendgemäßen Alter (14 bis 20 Jahre) befinden, ältere Jugendliche können nur gewählt werden, wenn sie während der Dauer des Reichskonferenz vorangegangener Geschäftsjahres eine leitende Funktion in der Bezirksorganisation bekleidet haben (Ortsgruppenvorstände, Mitglieder der Unter- und Bezirksleitungen).“

Ludwig Hade bezeichnet in der Plauener „Volkszeitung“ diese Ausführungsbestimmungen sehr richtig als „eine weitgehende Einschränkung der Selbständigkeit der Organisation der Sozialistischen Arbeiter-Jugend“, als „zweifelhaft organisatorische Maßnahmen, die letzten Endes dazu führen und führen müssen — und führen sollen? — jede von der offiziell zugelassenen Meinung abwegige Auffassung in den Reihen der Sozialistischen Arbeiter-Jugend zu unterdrücken.

Hade sagt weiter: „Die neuen Bestimmungen des Hauptvorstandes geben der örtlichen oder bezirklichen Parteileitung die Waage in die Hand, politisch mißliebige Genossen auch dann aus der Jugendorganisation zu entfernen, wenn sie das volle Vertrauen der Jugend genießen

und wenn ihnen keinerlei organisations-schädigende Handlungen nachgewiesen werden können. Mit diesem Beschluß liegt das Schwergewicht der Entscheidungen über wichtige

innere Angelegenheiten nicht mehr bei den Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiter-Jugend, sondern bei den Spitzen der Partei.

Es scheint so, als ob der Hauptvorstand jede ihm mißliebige Gegenmeinung von vornherein in der Sozialistischen Arbeiter-Jugend ersticken will. Das kann zu bösen Konsequenzen führen. Die letzte Reichsausschlußsitzung schien nicht gerade vom Geiste der Toleranz angehaucht gewesen zu sein, wurden doch selbst Anträge von Genossen, die nicht im Geruche stehen, irgendwie „oppositiv“ zu sein“ rücksichtslos niedergestimmt.“

Der organisatorische Sinn der Beschlüsse des Reichsausschusses ist damit völlig richtig gekennzeichnet. Um so wichtiger ist es für die sozialistischen Jungarbeiter, daß die „linke“ Plauener „Volkszeitung“ und Ludwig Hade mit dem politischen Ziel, das dadurch erreicht werden soll, völlig mit dem Parteivorstand übereinstimmen. Ludwig Hade schreibt:

„Man möge sich darüber klar sein, daß der Prozess der Gärung in der Sozialistischen Arbeiter-Jugend mit anderen Mitteln zum guten Ende geführt werden muß, als mit zweifelhaften organisatorischen Maßnahmen.“

Was Hade „Gärung“ nennt, daß ist das Erwachen und Wachsen des Klassenkampfwillens bei den sozialdemokratischen Jungarbeitern. Auch er will, daß dieser Klassenkampfwillen unterdrückt wird, er nennt das bescheiden, „zu gutem Ende führen“. Der Parteivorstand will es mit diktatorischen Mitteln, die „Eintönigen“ wollen es mit Phrasen.

Beide werden ihr Ziel nicht erreichen. Die Beschlüsse des Reichsausschusses der SAJ. sind ein wesentlicher Schritt weiter auf dem Wege der Liquidierung der SAJ. als Arbeiterjugendorganisation. Aus der Organisation, die den Jungarbeitern die Segnungen der Brüning-Politik eintrichtern soll, laufen heute schon die klassenbewußten Jungarbeiter in Scharen davon. Die Beschlüsse des Reichsausschusses der SAJ. zerbrechen die letzten Illusionen derer, die noch daran glaubten, man könne innerhalb der SAJ. für den Sozialismus kämpfen.

Klassenbewußte Jungarbeiter! Heraus aus der SAJ! Euer Platz ist an der Seite der kämpfenden Jungarbeiter-schaft, in den Jugendkassen des Kampfbandes gegen den Faschismus und im kommunistischen Jugendverband!

Wovon man in Genf nichts hören will

Die Westukraine unter Pilsudskis blutigem Stiefel

Folter und Mord, Gummiknäppel und Vergewaltigung — das sind die Segnungen des „Dritten Reiches“ in Polen

Die Debatte über den polnischen Wahlterror in Ober-schlesien, die infolge der außenpolitischen Bedürfnisse der deutschen Bourgeoisie in Genf mit großem Lärm eröffnet wurde, ist nach wenigen Tagen auf einem toten Geleise gelandet. Die Herren Curtius und Jaleski haben sich unter väterlicher Mitwirkung der Herren Briand und Henderson „geeinigt“, und die deutsche Minderheit in Oberschlesien wurde auf dem Altar der imperialistischen Sowjetfeindlichen Annäherung geopfert.

Aber doch hat die Genfer Debatte die Aufmerksamkeit der Welt auf die Zustände in Oberschlesien gelenkt.

Ein anderes nationales Gebiet aber, das in möglichst schwerem Maße von dem blutigsten faschistischen Terror heimgesucht wird, die unterjochte Westukraine wurde einfach keiner Nachfrage gewürdigt.

Um so mehr betrachten wir es als unsere revolutionäre Pflicht, die Arbeiter aller Länder auf diese blutigen Orgien des Faschismus in Polen, auf diese Schmach im Antlitz der Erde hinzuweisen, sie aufzurütteln, damit sie die gelenden Schreie der gequälten Brüder und Schwestern vernehmen, die aus den Kafematten Pilsudskis tausendfach widerhallen.

Einem Aufruf der Kommunistischen Partei Polens und der Kommunistischen Partei der Westukraine an die Arbeiter und Bauern aller Länder entnehmen wir die folgende erschütternde Darstellung der unmenschlichen Leiden der westukrainischen Volksmassen.

Gellende Todeschreie aus polnischen Kafematten

Vom September des v. J. an, übt der polnische Faschismus in der Westukraine, von der ukrainischen Bourgeoisie unterstützt, unerhörten Terror mit Hilfe der Polizei- und Militärtraxpeditionen aus. Der polnische Faschismus bemüht sich, den Kampf der ukrainischen Werktätigen gegen die polnische Oltupation zu brechen, indem er die Bauernmassen ihres Habs und Guts beraubt, indem er soziale und kulturelle ukrainische Organisationen verfolgt und auflöst, indem seine Mittel Arbeiter und Bauern mordet, Frauen und Mädchen vergewaltigt. Der Ruin von über 800 ukrainischen Dörfern, Hunderte von Ermordeten, Tausende von Massakrierten und Verprügelten, eine große Zahl von vergewaltigten Frauen, mehrere tausende Verhafteter, Unterdrückung aller wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen in den Dörfern — das ist die Bilanz der dreimonatigen „Befriedungsaktion“ in der Westukraine.

Die Westukraine wurde zum Schauplatz des grausamsten faschistischen Terrors. Im September allein fanden in der Westukraine 28 Massenprozesse gegen Arbeiter und Bauern, die der revolutionären Tätigkeit angeklagt wurden, statt. In den Gefängnissen entwickelte sich ein raffiniertes System mittelalterlicher Foltermethoden.

In Lemberg wurden die Genossen Lewin, Zebzun, Szajan, Umschweif, Szczur, Mandel und andere Arbeiter und Arbeiterinnen grausam gefoltert. Die Polizeispigel Kowalczuk, Woschchowski und andere brannten ihnen die Fesseln mit glühenden Eisenstangen, steckten ihnen Stednadeln unter die Fingerringe, gossen ihnen Wasser und Harn in die Nase und in den Mund. Die Frauen wurden an den Haaren gehängt. Die 17jährige Arbeiterin, Genossin E. Stifter, wurde durch mehrere Spigel vergewaltigt. Nach der Vergewaltigung haben ihr die Spigel eine glühende Eisenstange in die Scheide gestoßen und Wasser eingegossen. Die Genossin

Stifter, die wahrscheinlich geworden ist, ist noch immer im Gefängnis.

Prügeln mit Gummiknäppeln ist in polnischen Gefängnissen eine Alltagserscheinung. In der Defensive von Lemberg werden speziell dressierte Wollshunde gehalten, die auf gefesselte Verhaftete gehegt werden. Die Hunde werfen sich auf ihre wehrlosen Opfer, beißen und zerreißen ihre Körper

und insbesondere die Geschlechtsteile. Mehrere Gefangene wurden auf diese Weise zum Wahnsinn getrieben.

Der Aufruf der KP. der Westukraine schließt mit folgendem Appell:

Genossen! Arbeiter und Bauern!

Die werktätigen Massen der Westukraine, die unter Führung der Kommunistischen Partei der Westukraine und der Kommunistischen Partei Polens um ihre soziale und nationale Befreiung kämpfen, erwarten von Euch aktive Hilfe. Erhebt Eure mächtige Proteststimme, so wie Ihr sie zur Verteidigung Saccos und Bonzettis erhoben habt. Fallt den faschistischen Henkern in den Arm, wie Ihr es in dem Falle der Lemberger Todesurteile getan habt! Rettet die zum Tode durch den Strang verurteilten drei Genossen von Biata Poblaska!

Nieder mit dem Todesurteil von Biata Poblaska! Nieder mit den Mißhandlungen und Foltern der revolutionären politischen Gefangenen! Nieder mit der faschistischen Diktatur Pilsudskis! Nieder mit der Intervention gegen die Sowjetunion!

Es lebe die Diktatur des Proletariats! Es lebe der Kommunismus!

Zhangtsaischets Divisionen von Roter Armee aufgerieben

Der weiße General Ho vernichtend geschlagen — Starke Truppenentele meuterten und trafen auf die Seite der Revolutionsarmee — Neuer Feldzug unter Führung deutscher Landsknechte?

London, 26. Januar. Wie der „Observer“ aus Schanghai meldet, haben die kommunistischen Roten Armeen die Stadt Kiangsu in der Provinz Kiangsi erobert.

Dasselbe Blatt berichtet ausführlich über das völlige Scheitern des von Zhangtsaischets mit viel Lärm vorbereiteten und mit starken Truppenkräften unternommenen Vernichtungsfeldzuges gegen die Kommunisten. Mehrere Divisionen der Kiangsitruppen, die von General Ho geführt wurden, sind vernichtend geschlagen und vollständig aufgerieben worden. Insgesamt

verfügte die Kiangsi-Regierung über 200 000 Mann „ausgesuchte“ Truppen für den Krieg gegen die Kommunisten. Große Teile dieser Truppenmacht meuterten und traten zu den Roten Truppen über.

Die Regierung soll nunmehr einen letzten Versuch durch die Entsendung einer Division unter Führung von deutschen (!) militärischen Sachverständigen in das revolutionäre Kampfgebiet planen. Da aber diese Truppen über keinerlei praktische Kriegserfahrungen verfügen, rechnet der „Observer“ mit einer neuen schmachvollen Niederlage der Kiangsi-Regierung.

Ein neues Ruhrgebiet in Mittelasien

Ein gewaltiges Kohlenlager in Kasakstan entdeckt — Von entscheidender Bedeutung für Turkestan, Uralgebiet und Mittelasien — Zwölf Grubenanlagen bereits im Bau

Moskau, 26. Januar. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Der Rat der Volkskommissare beschloß angesichts der außerordentlichen Reichhaltigkeit des Karagandiner Kohlenreviers in Kasakstan sofort eingehende Erkundungsarbeiten einzuleiten. Das neue Kohlenrevier ist für die Kohlenversorgung der Turkestan-Sibirischen Eisen-

bahn sowie des Uralgebietes und Zentralasiens von großer Bedeutung.

Im laufenden Jahr wird mit dem Bau von zwölf Grubenanlagen begonnen. Für das Jahr 1933 erwartet man bereits eine Förderung von vier Millionen Tonnen.

Kein Platz für Opportunisten!

Ausschlüsse aus der KP. Sowjetweißrusslands

Moskau, 26. Januar. (Melbung der Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Auf Beschluß der Zentralkontrollkommission der Kommunistischen Partei Weißrusslands wurden der ehemalige Präsident der weißrussischen Akademie der Wissenschaften Ignatowski, der ehemalige Vorsitzende des Staatsverlags Weißrusslands Schilunowitsch und der Schriftsteller Jizka Gartin wegen Opportunismus in der Nationalitätenpolitik aus der Partei ausgeschlossen.

Meuterei in einem amerikanischen Gefängnis

St. Louis, 26. Januar. In dem Staatsgefängnis von Jefferson City (Missouri) ist eine Gefangenenmeuterei ausgebrochen. Die Gefangenen überwältigten drei Wärter und nahmen ihnen die Waffen ab. Erst nach längerem Kampfe gelang es der Polizei, die Meuterei niederzuschlagen.

Paris, 26. Januar. Die Arbeitslosigkeit im Industriebezirk Roubaix-Tourcoing verschlimmert sich von Tag zu Tag. In Roubaix gibt es jetzt 1000 Arbeitslose. 10 000 Arbeiter arbeiten nur 3 bis 4 Tage in der Woche. Die Kohlenruben im Bezirk Arras legen alle 14 Tage eine Feterfrist ein.

Die Strasse ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von N. Tokunaga

Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H. Berlin.

10. Fortsetzung

Nein — er schüttelte den Kopf und zwang sich zur Ueberzeugung: all diese Schiedsmänner im Schlichtungsausschuß waren ihrem Wesen nach nichts weiter als Funktionäre des Bürgerlums; die rechten Gewerkschaftler Unohita und Ushitawa nicht weniger als der Direktor des Yamato-Rodan-Verlags, sie waren alle gleich. Wenn man sie unvoreingenommen ansah, waren sie nicht neutral, hatte Nakai gesagt. Aber konnte man das so einfach behaupten? Aunio, der Direktor vom Yamato-Rodan-Verlag, hatte als Kunde starken Einfluß auf die Daido-Druckerei, zu der auch die anderen Druckereientnehmer in den verschiedenen Bezirken standen. — Die Erfahrungen des Streiks vom Jahre 1924 haben gezeigt, daß es sehr zweckmäßig sein kann, bürgerliche Kräfte während des Streiks auszunutzen, hatten er, Hagimura, wie auch Takagi eingeworfen. — Aber Nakai hatte ihnen auseinandergesetzt, diese Methode sei nur in besonderen Fällen anzuwenden und habe keine prinzipielle Bedeutung. Ganz unparteiisch betrachtet, müsse man nach der augenblicklichen Lage der Dinge auf solche Spezialitäten verzichten, sich davon freimachen. — Alle diese Gedanken zogen durch Hagimuras müden Kopf. — Ob seit 1920 mein Kopf und Takagi seiner eingerohtet ist ... oder macht Nakai einen Denkfehler ...

„Wach auf!“

Ein Fußtritt traf seinen gebogenen Rücken.

„Nah das ...“

Hagimura konnte sich noch nicht von der Wollust des Schlafes losreißen; alles in ihm wirbelte durcheinander und seine Gedanken waren ohne jede Klarheit.

„O, so milde, was für'n Teufel hat mich mit dem Fuß gestoßen“, sagte Hagimura. Er mochte nicht aufstehen, unruhig

und verzagt reckte er sich und gähnte — da sah er mit seinen verschlafenen blinzelnden Augen eine schöne Frau, die wie eine Hofdame ausah und über eine geschwungene Brücke auf ihn zukam.

Die Mittagssonne hatte die gepflegte Grasfläche des Hügels, auf dem er lag, schön durchwärmte, und auf die dicht mit Sträuchern bewachsene Mulde am Berg fielen die warmen Sonnenstrahlen wie durch ein Brennglas.

Man kann sich kaum vorstellen, daß es mitten in der Großstadt noch einen so abgelegenen Ort gibt. Da sind Hügel und Täler, Bäume und Brücken. Die vielen Diener und Gärtner hatten in dieser freien demokratischen Zeit nur zu dem einzigen Zwecke hier Aufenthaltsrecht, um die vielen Raupen von von den Bäumen zu verjagen und die Erde zu fegen.

Der Lärm der Straßenbahnen und die Schreie der Autos waren von diesem geheiligten Ort weit entfernt.

„Hagimura, steh auf!“

Ein kleiner Grasballen flog ihm ins Gesicht; als er böje, die Gräser aus dem Mund spuckend, aufstand, lachten Yamaura und Kamzi ihn aus.

„Wut Teufel, so ein Schurke!“

Hagimura sagte Yamaura an seinem schmutzigen Stiefel und zog ihn den Berg hinunter. Yamaura stürzte und rollte wie ein Bündel Lumpen den Abhang hinab. Yamaura entschuldigte sich lachend.

Im Garten war ein Pavillon, davor standen mit den vertrockneten Gesichtern alter Mandarinen die Arbeiter Takagi, Ushitawa, Yamamoto, Terajishi, Ando, Furumi, Uenojama. Sie gaben sich Mühe, über ihre Schlaftrigkeit durch die Lösung der ganz unmöglichen und törichtigen Frage hinwegzukommen, wie lange einer, ohne wahnsinnig zu werden, ohne Schlaf auskommen könne. Man sprach man darüber, daß man Verbrecher durch Entziehung des Schlafes müde machen könnte, oder wie in einer russischen Novelle von einer Armee zu lesen war, die auf diese Weise das Kind ihres Herrn tötete. Auch wie in einem europäischen Roman die Rede darauf kommt, daß durch den Druck der Müdigkeit mehrere Arbeiter von Halluzinationen befallen, das Getöse der Druckmaschinen für das Gebrüll von Löwen hielten und mit eisernen Stangen auf die Maschinen loszugesen.

„Wir werden auch bald Halluzinationen haben.“

Takagi lachte langlos mit tiefer Kehlstimme. Da kam die Frau, die einer Hofdame glich, mit Kaffee; sie war so höflich und bescheiden und zeigte niemals ihre weißen Zähne, so zahm war sie. Hagimura und andere tamen zwischen den Büschen herauf.

„Hallo, Hagimura, trink Kaffee!“ schrie Takagi. Das Dienstmädchen goß einem Arbeiter nach dem andern aus einer silbernen Kaffeekanne ein.

„Ach, längst genug, ich habe seit gestern mittag schon fünfzig Tassen Kaffee getrunken“, sagte Hagimura; er drängte die Leute zur Seite und setzte sich auf die Bank. Er sah dem Dienstmädchen in die Augen, die waren grundlos, als sähe man durch Glas.

„Hagimura, schau nicht so scharf, sie wird gleich Maginata* bringen“, scherzte Takagi mit ihm, und das arme Mädchen mußte in das Lachen einfallen. Wirklich, alle Dienstmädchen und Diener waren hier auf das Schema „Yamato Rodan“ eingestell.

Selbst bei solchen Gelegenheiten blieb Nakai immer ernst. Sein „langer Frühlingstag“ war leicht bewölkt. Am ähnlichsten war ihm Minayama, der Direktor der Technik-Druckerei.

„Wir sind im selben Stall“, hatte gestern Yamamoto geschertzt und mit seiner hohen Stimme dazu gelacht, als die Arbeiter in einer Sitzung mit den Leuten vom Schlichtungsausschuß zusammen waren und Minayama mit seinem langen Gesicht die verspätete Antwort der Gesellschaft entschuldigte.

„Aber was machen wir jetzt?“ fragte Takagi wieder ernst. Die Leute vom Schlichtungsausschuß hatten sie hierher eingeladen, aber die Antwort von der Gesellschaft war noch nicht gekommen. In der Dämmerung wurden sie abermals benachrichtigt und auf 10 Uhr vormittags vertröstet.

„Jetzt ist es schon 9 Uhr, wollen wir den dritten Vorschlag der Schiedsmänner bewilligen und bis 10 Uhr warten, oder wollen wir fortgehen? Wir wollen jetzt darüber abstimmen.“

* Ein Faudertrant, ähnlich dem griechischen Bezze.

Reclam-Verlag

Rund um den Erdball

Steigende Massennot — steigende Kriminalität

In Berlin drei Morde innerhalb einer Woche

Die Opfer: ein Kinodirektor — ein 80jähriger Sozialrentner — ein Taxichauffeur — Bürgerliche Presse schreit nach dem Henker

Während sämtliche Berliner Mordkommissionen, erweitert durch einen Miesentab von Kriminalbeamten, versuchen, die Bluttat an dem Geschäftsführer Schmoller vom „Mercedes-Palast“ in Neukölln und das Verbrechen an dem 80jährigen Sozialrentner Jakob Freudenheim aufzuklären, kommt die Meldung von einem neuen blutigen Verbrechen, das in der Umgebung von Berlin, in Ferch, geschehen ist. Diesmal war das Opfer ein Taxichauffeur namens Erik Bonid, der mit einer tödlichen Schußwunde aufgefunden wurde. Seine Autodroschke, in der die Tat verübt worden ist, wurde, ziemlich weit von der Fundstelle entfernt, in der Umjelstraße in Dahlem sichergestellt.

Wie der dritte Mord entdeckt wurde

Am Sonntag Morgen gegen 8 Uhr sah ein Hauswart in Dahlem eine Autodroschke längere Zeit an einer Ecke halten. Als nach einer halben Stunde der Wagen immer noch dort stand, trat er näher und entdeckte auf dem Boden im Innern einige leere Patronenhüllen. Außerdem war die Scheibe hinter dem Führersitz zertrümmert. Die sofort alarmierte Mordkommission konnte längere Zeit mit dem Auto nichts anfangen, bis gemeldet wurde, daß in der Nähe von Ferch ein Chauffeur ermordet aufgefunden worden sei. Der Tote wurde bald als der Chauffeur Bonid identifiziert.

Das Geheimnis der vier Patronenhüllen

Die sofort aufgenommenen Nachforschungen ergaben, daß Selbstmord unter keinen Umständen in Frage komme. Unzweifelhaft lag also wieder ein Mord vor, zumal ein Loch in der Fensterscheibe bewies, daß ein Schuß vom Wageninnern aus auf den Chauffeur abgegeben sein mußte. Die ärztliche Untersuchung der Leiche ergab den Tod des Chauffeurs durch einen Schuß in den Hinterkopf. Im Wageninnern aber fand man leere Patronenhüllen, die bewiesen, daß insgesamt vier Schüsse abgegeben wurden. Dieser Fund gestaltet den Mordfall äußerst geheimnisvoll. Bei der Leiche fand man die Börse mit 48,45 Mark Inhalt. Die Brieftasche fehlt allerdings. Man vermutet, daß diese kein Geld, sondern nur Ausweispapiere enthalten hat.

Nach den neuesten Ergebnissen der Untersuchung glaubt man, daß insgesamt vier Schüsse auf Bonid abgegeben wurden. Ein Schießschwerfänger glaubt, daß der Mörder zuerst die Windscheibe durch einige Schüsse zertrümmert und dann den tödlichen Schuß in Bonids Nacken abgefeuert habe.

Da man bei dem Toten die gesamte Tageseinnahme von 18 Mark Kleingeld fand, wird die Annahme, daß es sich hier um einen Raubmord handelt, immer fragwürdiger. Andererseits jedoch werden Stimmen laut, die von einem Raubmord sprechen. Bonid bediente vor einigen Monaten durch Zufall die Unterschlössung eines Expedienten auf, der entlassen wurde, nachdem festgestellt worden war, daß er 4000 Mark veruntreut habe. Dieser Mann soll Bonid wiederholt gedroht haben.

Bonid, ein unbequemer Mitwisser?

Des weiteren wird die Frage untersucht, ob der ermordete Chauffeur, der dringend Geld zur Abzahlung seines Wagens brauchte, nicht Fahrgäste aufgenommen hat, die Diebesgut weggeschaffen wollten, und die, um den unbequemen Mitwisser loszuwerden, denselben ermordeten.

Doch alle diese Vermutungen sind bisher durch keinerlei Beweise zu erhärten. Überall schildert man Bonid als einen soliden, durchaus anständigen Menschen, der keine dunklen Geschäfte machte. Er hatte auch keine Veranlassung, sich hinterherum Geld zu beschaffen.

Schwachsinziger will Kinomörder sein

Inzwischen geht die Suche nach dem Mörder des Geschäftsführers Schmoller aus dem Mercedes-Palast in Neukölln weiter.

Am Sonntag kam aus Hamburg die Nachricht, daß sich bei den dortigen Polizeibehörden ein 35-jähriger Meffer Franz König unter der Selbstbezichtigung gestellt habe, er sei der Mörder des Geschäftsführers. Die Nachforschungen ergaben, daß König, ein schwachsinziger Mensch, aus einem krankhaften Triebe heraus den Mord auf seine Kappe nehmen wollte. Bereits früher hat er sich einmal des Mordes bezichtigt, um kostenlos nach Berlin zurückgebracht zu werden.

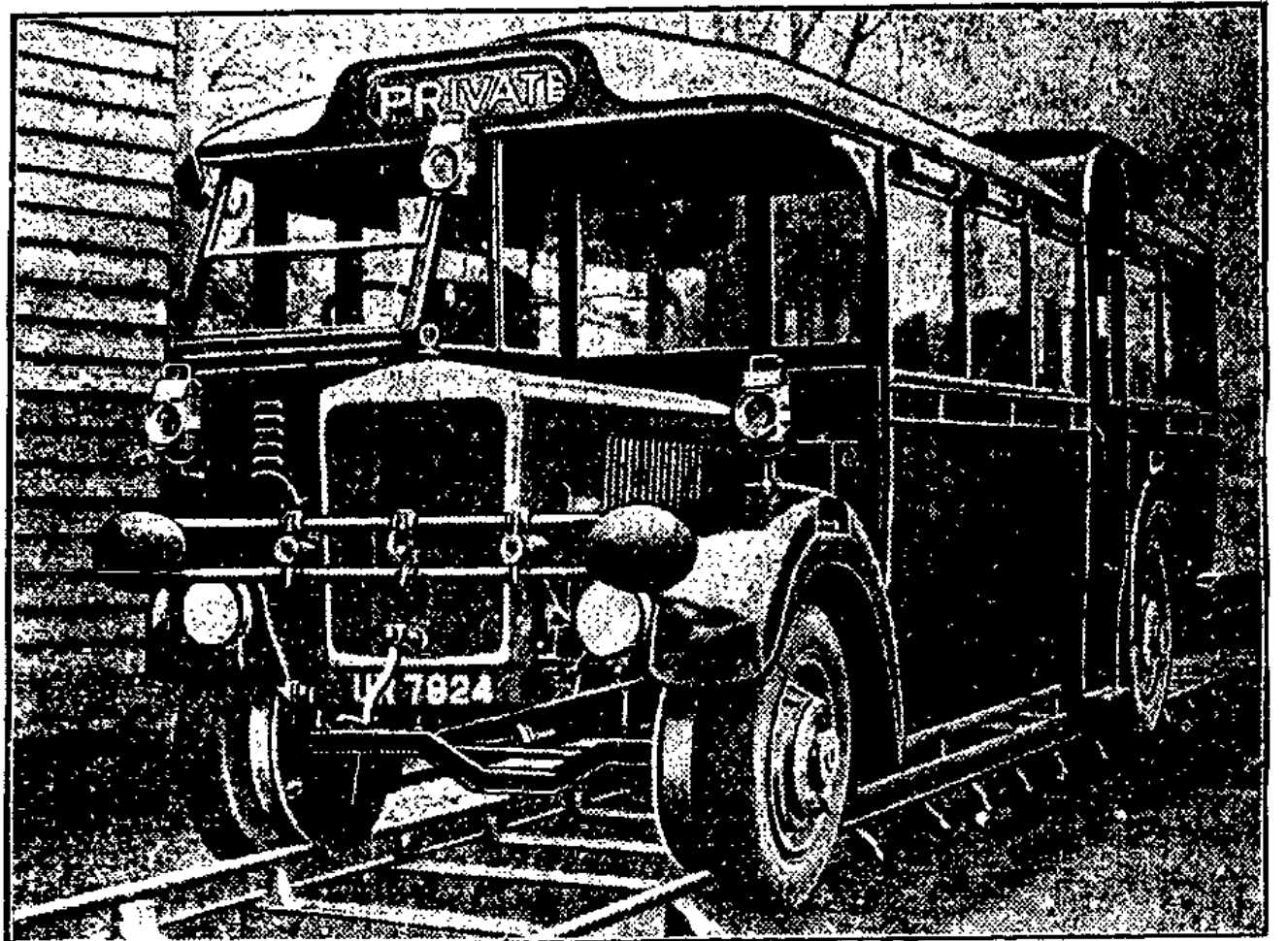
Der Greisenmord wird immer geheimnisvoller

Der Mord an dem 80jährigen Sozialrentner Jakob Freudenheim ist immer noch nicht aufgeklärt. Zurzeit versucht die Polizei das geheimnisvolle Rätsel eines Briefumschlages zu lösen, der bei der Leiche des Greises in seiner Wohnung gefunden wurde. Auf dem Umschlag steht mit Bleistift „Langu“ geschrieben. Was das Wort bedeutet, konnte bis zur Stunde noch nicht ermittelt werden. Da die Täter 200 Mark geraubt haben, ist es wahrscheinlich, daß dieser Umschlag vom Mörder fortgeworfen wurde.

Die reaktionäre bürgerliche Sensationspresse, die die heimlichen Anschwellen der Kriminalität mit vollkommenem Unverständnis gegenübersteht, schreit hysterisch nach dem Henker. Der Henker also soll zur Abschreckung in verstärktem Maße eingesetzt werden. Das Organ der großkapitalistischen Presse, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, beschäftigt sich sogar in einem Leitartikel an der Spitze ihres Blattes mit diesem „Phänomen“. „Die verbrecherische Zerstörung von Menschenleben wächst in dem gleichen Maße, wie die Gefühlsduselei dem Verbrechen gegenüber zunimmt.“ Dieses Leib- und Magenblatt der kapitalistischen Lohnräuber, durch deren Aushungerungsplan ja erst eigentlich die Ursache der schrecklichen Verbrechen geschaffen wurde, leugnet also frech und gottesfürchtig, daß die herrschende unentragliche Massennot die verzweifeltsten Menschen, die nicht mehr wissen, wo sie das Allernotwendigste zum Leben hernehmen sollen, auf die Bahn des Verbrechens schleudert. Und diese Hauptverbrecher an dem Anschwellen der Kriminalität wagen von „Gefühlsduselei dem Verbrechen gegenüber“ zu schwafeln. Es wird Zeit, daß die Arbeiterschaft mit diesen Herrschaften eine deutliche Sprache redet.

Für Schienen und Landstraße

In England wurde ein euartiger Autobus eingeführt, der zwei verschiedenartige Rädersatzes besitzt. Einen Satz Eisenbahnräder und einen Satz Autoräder. Die Umstellung von einer Radart auf die andere dauert weniger als fünf Minuten. Der Eisenbahnautobus soll auf wenig befahrenen Nebenbahnen eingeführt werden, um bei möglicher Ausnutzung des Eisenbahnnetzes die Fahrgäste von Ort zu Ort befördern zu können.



Schweres Eisenbahnunglück in Amerika

Fünf Todesopfer — 50 zum Teil Schwerverletzte

New-York, 26. Januar. Am Sonntagmorgen entgleiste bei Nashville im amerikanischen Staate Tennessee ein Personenzug in voller Fahrt. Der Lokomotivführer und vier Reisende wurden auf der Stelle getötet. Rund 50 weitere Personen erlitten zum größten Teil schwere Verletzungen.

Verzweiflungstat eines Kriegsoffiziers

Seine Frau, drei Kinder und sich selbst erschossen

Nachen, 26. Januar. In der Nacht zum Sonntag, hat hier der kriegsbeschädigte Händler Max Martin seine Frau, seine drei Kinder im Alter von 6 bis 10 Jahren mit Revolverkugeln getötet und sich unmittelbar nach dieser Verzweiflungstat selbst erschossen.

Aus den hinterlassenen Papieren geht hervor, daß Martin während des Weltkrieges einen Kopfschuß erhalten und nach dem Kriege in einer Grube eine schwere Kopfschüttelung erlitten hat. Am Montag sollte er sich im Krankenhaus einer Magenoperation unterziehen. Aus Furcht vor einem schlimmen Ausgang der Operation, hat er dann zum Revolver gegriffen, um seine Familie und sich zu erschließen.

Autobus in den Fluß gestürzt

Von sechzehn Passagieren fünf ertrunken

Fromberg, 26. Januar. Ein folgenschweres Autobusunglück ereignete sich am Sonntagmorgen in Fromberg.

Ein mit 16 Fahrgästen besetzter Autobus fuhr eine abschüssige Straße hinunter, rutschte unterwegs infolge der Glätte ab und stürzte kopfüber in die Brahe, einem Nebenfluß der Weichsel. 5 Personen ertranken, während acht gerettet werden konnten. Bei drei Personen wurden Wiederbelebungsversuche angestellt. Die Mehrzahl der Ertrunkenen sind Deutsche, die an einem Sängerkonzert teilgenommen hatten.

Aufdeckung eines Pharaonengrabes

Ein Pharaonengrab, dessen Schätze die Funde in dem Grabe Tutanchamons noch übertreffen sollen, ist durch einen ägyptischen Professor in der Nähe der Sphinx angedeckt worden.

Das Grab, das aus dem Jahre 5000 vor unserer Zeitrechnung stammen soll, besteht aus zwei Kammern, die vollkommen unberührt vorgefunden wurden. Die Mumie in dem ersten

Raum, die auf einem prächtigen Sarkophag ruht, ist mit einer goldenen Krone, in der Zuzahlen von unschätzbarem Wert stecken, geschmückt. Der zweite Raum ist angefüllt von kunstvoll gearbeiteten Gegenständen aus Gold und Malachit, wie man sie bisher nur selten gefunden hat.

Großmogul Hitler an sein Volk

Betrifft: Umwandlung der Karnevalsälle in „Deutsche Abende“

Verfügung.

Im Hinblick auf die allgemeine Not verbiete ich mit sofortiger Wirkung allen Parteioptionen, Karnevalsveranstaltungen zu betreiben, Fälle usw. zu veranstalten oder sich an derartigen Veranstaltungen zu beteiligen.

Wo bereits solche Veranstaltungen angelegt sind, steht es frei, diese in „Deutsche Abende“, die vom nationalsozialistischen Geiste getragen sind, umzugestalten.

München, den 20. Januar 1931.

gez.: Adolf Hitler.

(Von allen Parteiblättlern nachzudrucken.)

Diese Verfügung, die Hitler im „Völkischen Beobachter“ veröffentlichte, ist unteres Erachtens nach völlig überflüssig. Warum den Karnevalsummel in „Deutsche Abende“ umwandeln? Unterscheiden sich doch die „Deutschen Abende“ der Urteutonen vom „Dritten Reich“, in bezug auf Karreerei und Idiotie verdammt wenig von dem Karnevalsummel des alkoholstigen Klein- und Großbürgeriums. Aber wie wäre es, wenn der Antifaschistische Kampfbund auch armen Irren dabei zum Tanz aufspielen würde?

Zwei Dampfer im Sturm gesunken

Der starke Sturm, der am Sonnabend an der Nordostküste Spaniens herrschte, hat mehrere Schiffsuntergänge verursacht. Vor der Hafenstadt Vigo ist ein spanischer Fischdampfer untergegangen, wobei die neun Mann starke Besatzung den Tod fand. Ein zweites Unglück ereignete sich vor El Ferrol, wo ein englischer Dampfer unterging. Diese Besatzung konnte jedoch durch einen spanischen Tender gerettet werden.

Drei Tote bei einem Flugzeugabsturz in England

Durch den Absturz eines Privatflugzeuges bei Horley in der Grafschaft Surrey wurden drei Personen getötet. Das Unglück ist auf ein Versagen des Motors zurückzuführen. Der Absturz erfolgte aus einer Höhe von etwa 500 Metern.

Erdbeben in Mittel-Java



Unser Bild zeigt den Vulkan Slamet, der vor einigen Tagen nach langjähriger Ruhe, wieder in Tätigkeit getreten ist. 22 Personen kamen dabei ums Leben. Hunderte von Eingeborenen-Häusern wurden zum Einsturz gebracht.

Breslau

Was will die Stadtmision?

Die Breslauer Stadtmision vertritt an alle Erwerbslosen einen Appell, in dem die erwerbslosen Mädchen, Jungmänner und Schulinder aufgefordert werden, in die zur Verfügung stehenden Säle in der Zeit von 14 bis 19 Uhr zu kommen. Es werden Spiele und Unterhaltung geboten. Ohne zu den bewussten Zielen der Stadtmision Stellung nehmen zu wollen, muß festgestellt werden, daß es nicht möglich ist, mit Hilfe einer Vorkommnisse das Erwerbslosenproblem zu lösen. Nur im Kampf der Erwerbslosen Schulter an Schulter mit den Betriebsarbeitern wird es möglich sein, eine Verkürzung der Arbeitszeit und damit die Einreichung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß und schließlich auch die Planwirtschaft des Sozialismus zu erreichen.

Werbeveranstaltung des „Freien Radiobundes“

G.A. Am Sonnabend, dem 31. Januar, findet im Lokal „Stadt Hambslau“, Matthiaßstraße 211, eine

Werbeveranstaltung der Breslauer Ortsgruppe des „Freien Radiobundes“ statt.

Auf dieser Veranstaltung werden die Techniker-Genossen des F.R.B. versuchen, den sowjetischen Großsender Moskau zu empfangen. Moskau sendet an diesem Abend in deutscher Sprache. Es ist bei dieser Veranstaltung daher Gelegenheit gegeben, Rundfunksendungen aus dem Lande des sozialistischen Aufbaues zu hören. — Der „Freie Radiobund“, der in der nächsten Zeit regelmäßig Moskau-Hörabende veranstaltet wird, ladet alle werktätigen Rundfunkhörer zu diesen Werbeveranstaltungen ein. Der Eintritt ist frei. Da eine große Beteiligung zu erwarten ist, bitten wir, daß alle Genossinnen und Genossen pünktlich erscheinen.

Marxistische Arbeiterschule

Heute Dienstag, 20 Uhr, Esperantokursus, Werderstraße 37, bei Gahn, und „Zentralballsaal“, Westendstraße 52, über „Deutsche Wirtschaft und Politik“, Referent Genosse Keimann.

Mittwoch 20 Uhr beginnt der Stenographiekursus für Reichs- und Provinzialbeamte. Übungslokal Mosler, Mierstraße. Alle Interessenten der M.A.S. werden aufgefordert, sich an dem Kursus recht zahlreich zu beteiligen.

Donnerstag im „Zentralballsaal“, Westendstraße 52, „Die politischen Grundlehren des Marxismus“.

An alle Frauen im Süden!

Am morgigen Mittwoch um 20 Uhr findet bei Fank, Zobnerstraße 12, eine Frauenversammlung statt. Alle werktätigen Frauen werden zum Erscheinen aufgefordert.

Nachmachen! Ein Mitglied des Kampfbundes des Bezirks Wehl hat für den Kampfbund des Bundes in einer halben Stunde 8,75 Mk. gesammelt.

Um ins Gefängnis zu kommen, schlug am 23. Januar der wohnungslose Schuhmacher Karl S., 28 Jahre alt, die Schaufenster-Scheibe eines Musikapparategeschäftes am Ring ein. Er wurde durch einen Richter der Nach- und Schließgesellschaft festgenommen.

Arbeiter Sport

Bezirks-Ausscheidungskämpfe im Ringen und Steppen

Sonntag, den 8. Februar, veranstaltet der 1. Bezirk des Arbeiter-Sportbundes in der Vestingturnhalle seine Ausscheidungskämpfe im Ringen und Steppen. Um 8 Uhr Abwiegung aller Konkurrenten, anschließend Steppen der Männer sowie Schüler und Jugendlichen. Von 13 bis 19 Uhr Ringen aller Klassen. Hier dürfte die Arbeiterschaft von Breslau wirklich einmal in Massen erscheinen. Ferner werden noch Jiu-Jitsu-Demonstrationen gezeigt. Vollständige Eintrittspreise: Vorkarbeiter 50 Pf., Erwerbslose und Jugendliche 30 Pf., Schüler 10 Pf. für Vor- und Nachmittag. Darum erscheint in Massen.

Der Wintersporttag in Petersdorf i. Nsgd.

Siehe dem Wassergott Neptun zum Opfer. Es konnten von 3 Sportarten der Langlauf ausgeführt werden. Er betrug nach der schlechten Schneelage nur 3 Kilometer. Die besten Zeiten der Jugendlichen: 1. Mattern G., 10,57 Min., 2. Laub P., 12 Min., 3. Mairwald 12,24 Min. Männerklasse: 1. Voltmer W., 9,14 Min., 2. Faulhaber P., 9,44 Min., 3. Wünsche A., 10,05 Min.

Sportvereinigung Nordost 03. G. B. Mittwoch, den 28. Januar, 20 Uhr, Vorstandssitzung aller Abteilungsfunktionäre bei Martin Zoublik, Mollwitzer Straße 11. — Donnerstag, 29. Januar, in der Turnhalle Brodauer Straße, Schülerringen Öhlauer Tor gegen Oberdor. Beginn 18 Uhr. Eintritt frei. — Freitag, 30. Januar, Turnhalle Waterloostraße, Herausforderungs-Ringkämpfe: Thomas Artur gegen Schenke, Albert; Hilje gegen Bachmann, Alfred; Schirre, Georg, gegen Schmitalla, Karl; Kuhn, Richard, gegen Schmitalla, Erich; Jüngling, Paul, gegen Wunderlich, Willi; Kofowski gegen Faulde, Richard; Labude, Erwin, gegen Ewanoff, Felix. In den Tausen Jiu-Jitsu-Vorführungen. Beginn 19,30 Uhr. Eintritt frei. Freunde und Gönner der Arbeitersportbewegung gern gesehen.

Arbeiter-Madagascar. Die Vierteljahresversammlung findet nicht am 28. Januar, sondern am 29. Januar, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt. — In den Monaten April, Juli und Oktober findet die Vierteljahresversammlung immer am dritten Mittwoch im Monat statt. — Sonnabend, den 31. Januar, großer Maskenball im Gewerkschaftshaus. — Die Abteilung Streblener Tor hat Namens- und Lokaländerung vorgenommen. Dieselbe heißt jetzt Abteilung Stadt-Mitte, Lokal bei Wende, Herrenstraße 7a. Abteilungsabend jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. im Monat.

Arbeiter-Athleten. Der Lehrgang am 1. Februar in Gymnastik und Leichtathletik fällt aus technischen Gründen aus. Ferner müssen alle Vereine ihre Schüler und Jugendgenossen an den Bezirksjugendweiber Genossen Richard Faulde, Königgräber Straße 16, melden.

Angestellte Gehälter in Breslau gekürzt

Freie Vereinbarung zwischen Gewerkschaftsbürokraten und Unternehmern — Gehaltsabbau von 4 und 6 Prozent

Breslau, 27. Januar. Gestern fanden die Nachverhandlungen über die Kürzung der Gehälter der 22.000 Breslauer kaufmännischen Angestellten statt. Zwischen den Unternehmern und Gewerkschaftsbürokraten wurde eine freie Vereinbarung (!) geschlossen, die vorliegt, daß außer den Sozialzulagen, den Vergütungsfähigkeiten für Lehrlinge, für die Jugendlichen und für die Vorkategorie bis zum 18. Lebensjahre die übrigen Gehaltsätze des bis zum 31. Dezember 1930 in Geltung gewesenen Gehaltsabkommens für die Zeit vom 1. Januar bis 28. Februar 1931 um 4 vom Hundert und für

die Zeit vom 1. März bis 31. Juli 1931 um 6 vom Hundert herabgesetzt werden.

Die Gewerkschaftsbürokratie im Dienste des Gehaltsabbaus — das ist die Feststellung, die man auf Grund der freien Vereinbarung machen muß. Nicht einmal einen Versuch des Widerstandes haben die Gewerkschaftsanwälte gemacht. Sie halten den Lohn- und Gehaltsabbau im Interesse der Unternehmer für notwendig und führen ihn durch. Angestellte, auch ihre nicht erkennen, daß nur die K.O.D. und die K.P.D. ehrlich besteht ist, die Abwehrlämpfe der

Unsere Antwort an Goebbels!

Der Kampfbund gegen den Faschismus wird durch den Sprecher Genossen Ernst Wollweber am Donnerstag, dem 29. Januar, um 20 Uhr im „Schießwerder“ auf das verlogene Referat Goebbels antworten. Die Nazi-Führer werden zur Diskussion herausgefordert.

Neubaumieter, wohin des Weges?

Zimpel stößt erneut vor

Ziel- und richtunggebende Anträge zur Generalvertreterversammlung des Neumieterschutzverbandes

Auf Grund des Sparprogramms des Kabinetts Brüning werden die zum Zweck des Wohnungsbaues und Mieterverbilligung aus der Hauszinssteuer zur Verfügung gestellten Gelder im Jahre 1931 um etwa 400 Millionen Mark, das ist die Hälfte der vorjährigen Summe, gekürzt. Im Zusammenhang damit sind eine Reihe weiterer Maßnahmen geplant, die eine erhöhte Belastung der Neubaumieter zur Folge haben sollen. Die Absicht der Regierung, der Privathausbesitzer und auch der Siedlungsgesellschaft alias Magistrat für das Jahr 1931 ist, eine weitere Erhöhung der Neubaumieter vorzunehmen ohne Rücksicht auf die neuen Steuern, den Gehalts- und Lohnabbau.

Es ist selbstverständlich, daß die Breslauer Neubaumieter nicht willenlos zusehen können, wie sie immer mehr ausgehungert werden. In der Erkenntnis, daß nur geschlossener Kampf zum Ziele führen kann, haben sich die Neubaumieter in den Siedlungsvereinen und Gruppen zusammengeschlossen, die von dem Neumieterschutzverband als Kartellorganisation zusammengeschlossen werden. Im Monat Januar haben die einzelnen Siedlungsvereine ihre Generalversammlungen abgehalten. Nunmehr soll am 5. Februar die Generalvertreterversammlung des Neumieterschutzverbandes folgen.

Ähnlich wie im vergangenen Jahre, so muß auch für dieses Jahr festgestellt werden, daß es der Siedlungsverein Zimpel ist, der durch seine Beschlüsse und Anträge das Kampfziel für das Jahr 1931 und die Kampfmittel anzeigt. In der am Donnerstag stattgefundenen Vertreterversammlung wurde einstimmig beschlossen, folgendes Arbeitsprogramm als Antrag zur Generalvertreterversammlung des Neumieterschutzverbandes zu stellen:

„Der Neumieterschutzverband, als Kartellorganisation der in den einzelnen Siedlungen bestehenden Siedlungsvereine und Gruppen von Neubaumieter, ist eine Kampforganisation. Sein Ziel ist, möglichst niedrige Mieten und sonstige Verbesserungen der Wohnbedingungen für die Breslauer Neubaumieter zu erkämpfen.“

Die Interessen der Neubaumieter — und der Mieter überhaupt — können nicht wirkungsvoll vertreten werden, wenn man sich ausschließlich auf Verhandlungen und Gerichtsprozesse beschränkt. Man muß darüber hinaus den Kampf für die Interessen der Mieter in die politischen Parlamente hineintragen.

Der außerparlamentarische Kampf, insbesondere durch Zahlungsverweigerung der Miete oder eines Teiles derselben, ist die stärkste Waffe der Mieter.

Grundsätzlich vertritt der Neubaumieterschutzverband den Standpunkt, daß der Mietzins in keinem Falle 15 Prozent des Nettoeinkommens übersteigen darf.

Eine Miete von 10,50 Mark pro Quadratmeter und Jahr — in verschiedenen Wohnungen der Siedlungsgesellschaft und in Privatwohnungen werden noch höhere Mieten erhoben — betrachtet der Neumieterschutzverband als einfach untragbar. Die am 1. Mai 1930 erfolgte Mieterhöhung wird nach wie vor nicht anerkannt. Das Ziel des Verbandes für das Jahr 1931 ist, den Kampf für die Forderung

Senkung der Mieten auf 8,40 Mk. pro Quadratmeter und Jahr, d. h. auf 120 Prozent der sogenannten Friedensmiete,

zu organisieren, und zwar nicht nur in den Wohnungen der Siedlungsgesellschaft, sondern auch in den Häusern der Privatunternehmer.“

Von den weiteren Anträgen, die die Vertreter von Zimpel an die Generalvertreterversammlung stellen, sei insbesondere folgender, Antrag erwähnt:

„Jeder dem Neumieterschutzverband angeschlossene Verein wird verpflichtet, der Einreichung der Frauen in die Kampffront der Mieter die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Bis spätestens in drei Monaten müssen in dem Vertreterkörper und im Vorstand jedes Vereins Frauen als vollberechtigte Mitglieder vertreten sein.“

Es ist feste Absicht der Vertreter von Zimpel, in den Vorstand des Neumieterschutzverbandes nur solche Kollegen zu wählen, die sich verpflichten, auf der Grundlage des oben wiedergegebenen Arbeitsprogramms zu wirken. Wir fordern die Mieter und Mietervertreter aus den anderen Siedlungen und Privatwohnungen auf, sich das Arbeitsprogramm von Zimpel zueigen zu machen und mitzuhelfen, es zum Programm des Neumieterschutzverbandes zu machen.

Der Angriff ist die beste Verteidigung, deshalb, und weil die Neubaumieter tatsächlich untragbar sind, muß der Schlachtruf der Breslauer Neubaumieter für das Jahr 1931 lauten: Her mit der Mietenenkung!

Auf zum Internationalen Tag der Arbeitertheater

am Freitag, dem 30. Januar, 20 Uhr im „Schießwerder“. Es spielen: Fana!, Note Sturmfallen, Die Trommler. Vorkarbeiter 55 Pf., Erwerbslose 35 Pf.

Strehlen bleibt rot!

Wichtiger Kampfaufmarsch der Arbeiter — Sozialdemokratische Kollegen in roter Front!

Am Sonntag vor acht Tagen überjelen die Nazis, die von weither zusammengescholt worden waren, eine kleine Gruppe von Strehleener Arbeitern. Die Antwort darauf war ein wichtiger Kampfaufmarsch des Strehleener Proletariats mit Unterstützung einer Anzahl Kameraden aus den Breslauer Abteilungen des Kampfbundes gegen den Faschismus.

Nach einer machtvollen Demonstration wurde auf dem Ring eine Massenkundgebung abgehalten, an der Tausende werktätiger teilnahmen, darunter Hunderte von sozialdemokratischen Arbeitern. Der Redner, Genosse Weyer-Breslau, wies auf den Faschismus hin und die Notwendigkeit eines einheitlichen Kampfes der Werktätigen gegen die faschistische Hungerbilanz und den Terror der Nazis. Als er zum Schluß aufjorbete, dem Beispiel Berlins zu folgen, wo sozialdemokratische, parteilose und kommunistische Arbeiter die Faschisten in die Flucht schlugen, stimmten die Massen begeistert ein, und es bildete sich nochmals ein Demonstrationzug, der sich zum Lokal „Stadt Breslau“ bewegte, wo eine Versammlung stattfinden sollte.

Die Beteiligung der Strehleener Arbeiterschaft aber war so stark, daß die Massen im Saale keinen Platz finden konnten und daher eine

Parallelversammlung auf dem Plage vor dem Lokal abgehalten werden mußte. Im Saale sprach Genosse Weyer, draußen Genosse Gahn-Breslau. Sie zeigten den Hungerkurs der Brüning-Regierung auf, kennzeichneten die Träger des Faschismus, die bürgerlichen Parteien, die Nazis und die sozialfaschistischen Führer. Sie wiesen an vielen Beispielen die verräterische Politik jener faschischen „Freunde“ des werktätigen Volkes nach und appellierten an alle Arbeiter, an die sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen, sich zur kämpfenden roten Einheitsfront zusammenzuschließen im Kampfbund gegen den Faschismus. Wenn das Proletariat einig und geschlossen aufmarschiert, dann verschwinden die Nazis spurlos unter Polizeischutz, wie diesen Sonntag in Strehlen. Mit einem brausenben „Sturmberet“ wurden die Ausführungen der Genossen, ostwärts von Beifallsstürmen unterbrochen, beendet. Dem Aufruf, sich der großen überparteilichen Behörorganisation des Proletariats, dem Kampfbund gegen den Faschismus, anzuschließen, kamen über 30 Arbeiter und Jungarbeiter nach!

Von den Nazis (über 400 sollen nach Strehlen gekommen sein) war nichts zu bemerken. Die Polizei war auf zwei Autos aus Breslau zum Schutze der Nazis herbeigerufen und mußte mit ihren Karabinern und Maschinenpistolen unverrichteter Sache wieder heimkehren.

Genosse
Hast Du schon einen neuen Leser für Deine Zeitung geworben?

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schnelles, Rechts: für den übrigen Teil: Ernst Wollweber, M. B. L. Rechts: für den übrigen Teil: Carl Mansbach, Breslau.

Appell der revolutionären Jugend!

Generallappell der Jungkommunisten, Jugendkassen des Kampfbundes und aller revolutionären Jungarbeiter am Mittwoch, dem 28. Januar, 20 Uhr, „Gambrius-Säle“ (Stadt Weg), Lange Gasse 62. Es spricht Genosse Ernst Wollweber.

Morgen, Mittwoch, Schlichtungsverhandlungen für den Bergbau

Kameraden, heraus zum Protest gegen den Lohnraub!

Kommt Mann für Mann zur Protest-Kundgebung der RGO. am Mittwoch, dem 28. Januar 1931

Antreten um 16,30 Uhr (4,30 Uhr nachmittags) an der Friedländer Chaussee in Waldenburg.

Waldenburger Bergland

Internationale Arbeiterhilfe

Am Mittwoch, dem 28. Januar, findet im „Eckstein“ 17 Uhr die Generalversammlung statt. Jedes Mitglied muß erscheinen. Funktionäre eine halbe Stunde früher. Es sollen wichtige Beschlüsse zur Frage der Lohnkürzung im Bergbau gefaßt werden.

Gottesberg

Internationaler Bund der Kriegsopter

Die Kriegs- und Arbeitsopfer ergreifen die Offensive. Genau wie die Klassenbewußte Arbeiterklasse heute den verschärften Kampf führt gegen Lohnraub und soziale Verschlechterungen, genau so führen die Klassenbewußten Kriegs- und Arbeitsopfer den Kampf gegen Rentenabbau und Sozialreaktion. In 14 öffentlichen Versammlungen in den größten Industrieortsdörfern werden die Kriegs- und Arbeitsopfer protestieren gegen jede Verschlechterung auf sozial-politischem Gebiet. Die Kampfstellungen sind ausgebaut, die Munition verteilt, nun gilt es, ein vernichtendes Trommelfeuer zu eröffnen gegen die faschistische Brüning-Regierung, die alle Verschlechterungen auf dem Wege der Notverordnung durchführt, gegen ihre sozialfaschistischen Helfershelfer, die Sozialdemokratie, mit ihren Filialen, dem Zentralverband der Arbeitslosen sowie dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Der Durchbruch muß gelingen, heraus ihr Kriegs- und Arbeitsopfer, zu einem entscheidenden Schlage!

Rothenbach

Wie die „Bedürftigkeit“ festgestellt wird

Im Herbst 1930 wurde von den Gewerkschaften ein Antrag auf Winterbeihilfe für die Gruppen 1 bis 7 einschließlich gestellt. Die bürgerlich-sozialdemokratische Gemeindeverwaltung verschob die Erledigung dieses Antrages und wollte die Gewährung von der „Prüfung der Bedürftigkeit“ abhängig machen. In der Zwischenzeit sind von Seiten der Gemeinde auch Kohlen zur Verteilung gekommen. Obwohl es sich hierbei ebenfalls um eine Unterstützung handelt, hat man es dabei nicht für notwendig erachtet, auch die Gewährung der Kohlen von der Bedürftigkeit abhängig zu machen. Dabei ist es vorzuziehen, daß man auch an solche Leute Kohlen verabfolgt hat, die immerhin bei einer realen Prüfung der Bedürftigkeit, wahrscheinlich nicht als bedürftig anerkannt worden wären. Wir sind der Ansicht, daß man zunächst die wirklich Armen zu bedenken hat, und daraus ergibt sich, daß die Erwerbslosen ganz recht hatten, als sie jederzeit die Forderung aufstellten, daß bei der Feststellung der Winterbeihilfe zwei Erwerbslose zugezogen werden sollten.

Seltendorf

Für den Antifaschistenkongress

Die kommunistische Partei hatte hier eine öffentliche Versammlung einberufen, in welcher unser Genosse Reichstagsabgeordneter **Bedert** sich mit dem Hungertod der Brüning-Regierung beschäftigte. Unter allgemeinem Beifall zeigte er die Auswirkungen dieses Kurzes auf, und die Versammlung nahm eine Entschlieung an, sich gegenüber dieser Hungertod dadurch zur Wehr zu setzen, daß ein aus der Versammlung herausgewählter Ausschuß für die Befreiung der durch die Notverordnungen geschaffenen unerhörten Zustände in der Gemeinde Sorge trägt. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde auch zu den bevorstehenden Lohnkämpfen und dem Kampfkongress gegen den Faschismus Stellung genommen. Es wurden drei Arbeiter aus der Versammlung als Delegierte gewählt. Unter den Gewählten befindet sich auch ein Arbeiter, der sich vor längerer Zeit durch die Schwindelparolen der Nazis hatte einfangen lassen, aber inzwischen den betrügerischen Charakter dieser Partei erkannt hatte.

Ober-Salzbrenn. Am 28. Januar findet im Saale des „Hotels Sandberg“, Ortsteil Sandberg, eine Antifaschisten-Kundgebung von der R.P.D. statt. Es werden alle Einwohner von Ober-Salzbrenn-Sandberg hiermit zu derselben eingeladen. — Die Parteileitung.

Freiburg

Donnerstag, den 20. d. M., 10.30 Uhr im „Grünen Baum“ Generalversammlung des Ortsausschusses. Tagesordnung: Jahresbericht; Wahl des Vorstandes. Alle Delegierten müssen erscheinen. Die Absichten des Vorsitzenden, der Kassierer sowie der Delegierten müssen dem Vorsitzenden des Ortsausschusses bekanntgegeben werden.

Ortsauschluß des AOB.

Aus dem letzten Stadtberechnungsjahr ist folgendes zu berichten. Zunächst wurden an Stelle von zwei in den Magistrat eingerückten Stadtverordneten zwei neue eingeführt. Aus dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben der Neubau der katholischen Schule und Renovationen im Krankenhaus. Der Vorstand wurde nur mit Minderheiten gewählt. Als neuer Kassierer wurde ein bürgerlicher Arbeiter der Wäckermeister **Herzig** gewählt. Die Jahresrechnung der Stadthauptkasse und der städtischen Sparkasse wurden genehmigt. Bei Nichtbenutzung der Gasmeter werden Minderbemittelte auf Antrag von der Miete für dieselben befreit.

Aus dem Stadtparlament

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde in vier Fällen die Vertretung von Klagen gegen die Stadt durch Rechtsanwalt **Brack** zugestimmt. Dann wurde bekanntgegeben, daß die Stadtverwaltung das

Recht hat, die Getränkesteuer zu erhöhen, falls die bisherigen Sätze die gewünschten Einnahmen nicht erzielen würden. Bezüglich der übrigen Steuern wurde bekanntgegeben, daß diese auch ohne Zustimmung der Gemeindevorstellung eingeführt würden, mit anderen Worten, die Stadtverordneten haben nichts zu sagen. Die zahlreich erschienenen Zuhörer werden daraus hoffentlich die notwendigen Lehren ziehen. Dann wurde noch eine „geheime“, also eine sogenannte Duntellammer-Sitzung, abgehalten.

Feiges Naziotenpack

Lehmwasser. Vor einigen Tagen veranstalteten die Nazis hier eine Versammlung im Steingrund. Als sie in Erfahrung brachten, daß die kommunistische Jugend die Absicht habe, an der Versammlung teilzunehmen, schlossen sie das Lokal ab, damit ja keiner von unseren Jugendgenossen in die Versammlung hinein konnte. Sie dokumentierten damit, daß es ihnen an der nötigen Courage mangelt, ihre verbrecherische Politik öffentlich zu vertreten. Die Landjäger aus **Lehmwasser** und **Charlottenbrunn** stellten sich ebenfalls dieser feigen Gesellschaft zur Verfügung und postierte sich vor das Lokal, um eine Teilnahme unserer Genossen an der Versammlung zu verhindern. Unsere Genossen veranstalteten darauf einen Demonstrationsszug durch den Ort. Am Tage darauf veranstalteten die Nazis eine Versammlung in der Schloßbrauerei **Tannhausen**. Hier waren sie sehr erkaunt, als sie den Saal betreten und feststellen mußten, daß er bereits zum größten Teil von Kommunisten angefüllt war. Dies jagte diesen Maulwurfsröhren eine solche Angst ein, daß der Naziozialist **Piller** von seinem Hausrecht Gebrauch machte und die Kommunisten aus dem Saale wies, weil sie keinen Eintritt bezahlt hatten. Da unsere Genossen natürlich nicht bereit waren, der Nazipeist noch Gelder zuzuführen, verließen sie unter stürmischen Niederrufen auf die Hitler-Post den Saal und ein Häuflein von ca. 15 Nazis trafen im Hotel jurid. Auch hier veranstalteten dann unsere Genossen geschlossen einen Demonstrationsszug durch **Tannhausen**.

So erträulich es ist, daß die Arbeiterklasse in dieser Weise der Mordpest gegenübertritt, genügt diese Abwehr aber nicht. Es muß vielmehr weiter alles daran gesetzt werden, durch Schaffung und Stärkung des Kampfbundes gegen den Faschismus die wehrhafte Abwehr noch weiter zu festern. Es ist dieses um so mehr notwendig, weil sich dieses Pack die größten Unverschämtheiten gegenüber den Arbeitern herausnimmt. So brachte es der Naziot **Max Dufra** fertig, einen Jugendgenossen aus **Charlottenbrunn**, der für die Rote Hilfe 8,10 Mark gesammelt hatte, bei der Landjägerlei zu denunzieren, und der Landjäger Urban hatte nichts Eiligeres zu tun, als zu unserm Genossen in die Wohnung zu gehen und von ihm das Geld und die Liste zu fordern.

Ebenso notwendig wie dieser wehrhafte Kampf gegen diese Mordpest ist auch die Beachtung unserer Genossen gegenüber solchen Geschäftsleuten, die glauben, zwar das Geld von unseren Profeten annehmen zu können, aber gleichzeitig die Nazis auf alle mögliche Art zu unterstützen.

Vorsicht! Spindel am Werk!

Wir warnen alle Ortsgruppen vor einem angeblichen Genossen, der aus **Fauer** sein will und erklärt, er habe den Auftrag von der **U.S.D.** Dognitz, die Ortsgruppen zu kontrollieren über Stand der Zeitung und Ortsgruppenaktivität. Dieser „Kontrollleur“ war Freitag in Lüben. Als er nach Ausweisen gefragt wurde, hatte er keine Zeit mehr. Also, Augen auf!

Öffentl. Landarbeiterversammlungen

am 31. Januar in Rüstern, 20 Uhr;
am 31. Januar in Walban, 20 Uhr.

Bunzlau

Der kommunistische Jugendverband mobilisiert die Jugend gegen den Faschismus

Unter starker Beteiligung der Bunzlauer Jungarbeiterklasse und der erwachsenen Arbeiter fand am Freitag, dem 23. Januar, die Kundgebung des **R.P.D.** statt. Der Genosse **Hellmann**, Breslau, zeigte in seinem Referat die Gefahren der herausziehenden faschistischen Diktatur auf, um im Anschluß daran auseinanderzusetzen, wie durch die zu entfaltende Volksrevolution diese Gefahr beseitigt werden kann. Unter dauerndem Beifall rief er den Faschisten und Sozialfaschisten die Maske vom Gesicht und wies überzeugend nach, daß nur die **R.P.D.** und der kommunistische Jugendverband die Arbeiterklasse vor der faschistischen Diktatur retten können. Genosse **Hellmann** besprach auch das Blutvergießen im Bunzlauer Prozeß und prangerte es unter stürmischen Beifall an. Zehn Aufnahmen für den Jugendverband, zwei für die Partei, war die Antwort der Jungproleten auf das Terrorurteil des faschistischen Klassengerichts. Die Nazis, die im Dienstag ihr Maul nicht weit genug aufreißen konnten, leisteten der öffentlichen Aufforderung, sich gegen die Angriffe des Referenten zu verteidigen, nicht Folge, und zogen den besseren Teil der Tapferkeit vor. Nach der Versammlung demonstrierten die Arbeiter durch die Stadt und gaben damit zum Ausdruck, daß sie auf jeden Fall bereit sind, der faschistischen Mordpest entgegenzutreten. Der gesamten Jungarbeiterklasse rufen wir zu: **Sinein in den kommunistischen Jugendverband Deutschlands!**

Aus dem Riesengebirge

Steinzeifen i. Nsgb. Ein „feiner“ **SPD**-Gemeindevorsteher Als eine wunderbare Stütze des zukünftigen Dritten Reiches der Nazis entpuppt sich der **SPD**-Gemeindevorsteher **Pillich**. In einer vor kurzem hier stattgefundenen Erwerbslosenversammlung erschien er dort mit zwei bewaffneten Landjägern. Wahrscheinlich in der Absicht, den hungernden Erwerbslosen mit Gummiknüppeln die Macht der Gemeinde Steinzeifen vorzudemonstrieren. Ebenfalls es üblich geworden, bei der Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützung zwei bis drei Landjäger hinzuschicken. Die sollen wohl den Erwerbslosen helfen, die erst wieder gefährzte Wohlfahrtsunterstützung nachzählen zu helfen, und wenn sie den Hungernden zu gering erscheint, mit dem Gummiknüppel „Nachzahlung“ leisten. Und solche Gemeindevorsteher haben immer noch den „Mut“, sich Sozialdemokraten zu nennen.

Niederschlesien

Das Görlitzer Stadtparlament an der Arbeit — zur Vorbereitung des Arbeitsdienstpflichtgesetzes

Die am 23. Januar stattgefundene Stadtberechnungsjährliche Sitzung führte wieder einmal den Görlitzer Bürgern so richtig vor Augen, wie das Wohl und Wehe der Bürger, und diesmal besonders der Jugend, behandelt wird. Wir wissen, daß der Schacher und Kuhhandel in den sogenannten Kommissionsitzungen noch viel größer ist und brutale Formen annimmt, als dies in den Plenarsitzungen geschieht. Denn in den Sitzungen hinter den Kulissen haben die Herren Stadtväter ja keine Zuhörer aus dem Publikum, so daß ihnen von ihren eigenen Wählern selten ihre verräterischen Handlungen weisen vorgehalten werden können. Den „Kampf“, den sie in den Plenarsitzungen gegen oder für irgendwelche Angelegenheiten führen, ist nur ein Scheinkampf, um den Wählern blauen Dunst vorzumachen.

Die Tagesordnung, welche 13 Punkte, einen Nachtrag und zwei kleine Anfragen umfaßt, wurde bis auf einen Punkt im Galopp erledigt. Gerade aber dieser eine Punkt, der die Jugendlichen betraf und der der Anfang zu dem von den Nazis bis zur **SPD** so sehr gewünschten Arbeitsdienstpflichtgesetz bildet, zeigte das wahre Gesicht. Bei dieser Vorlage sollten 7000 Mark bewilligt werden zur Einführung von Berufs- und Werkstättenkursen. Es heißt dann weiter, daß diese Kurse eingeführt werden, um die erwerbslose Jugend von den „verderblichen“ Einflüssen, die durch die Notlage infolge der Wirtschaftskrise für sie eine Gefahr bedeuten, zu entziehen. Hier zeigte sich eindeutig, wie die „Volksvertreter“ im Stadtparlament die Interessen der Jugendlichen wahren.

Nazis und **SPD** und auch was zwischen diesen beiden Futterkrüppelkämpfern liegt, kimmten diesem freudig zu.

Der Zentrumsabgeordnete, ein Gläubiger vom Brüning-Diktator, verlangte sogar, daß zu diesem Besuch der Schulen ein Zwang auf die Jugendlichen ausgesetzt werden sollte, daß Strafen verhängt werden sollen bei Nichtteilnahme dergestalt, daß den Jugendlichen, soweit sie Unterstützung beziehen, dieselbe entzogen werden soll. Die Kapitalrechte sind also auf dem besten Wege, die Arbeitsdienstpflicht zur Wirklichkeit zu machen.

Unser Genosse **Frenzel** war der einzige, der das wahre Gesicht „Wohltätigkeit“ aufzeigte und gemeinsam mit den anderen beiden Genossen die **Schere** hierfür abzehrte. Genosse **F.** erklärte eindeutig, daß der Magistrat und die Stadt in der jetzigen Zeit in allererster Linie die Pflicht haben,

die wirtschaftliche Not der Jugendlichen zu mildern.

Dabei kommt noch hinzu, daß diejenigen, die die Kurse durchführen, dazu nicht geeignet sind. Genosse **F.** sprach allen die Fähigkeit ab, die Jugend im proletarischen Sinne erziehen zu können, was eine ziemliche Erregung unter der gesamten Gesellschaft hervorrief. Wir

wollen nur einige davon herausziehen, um den Jugendlichen zu zeigen, welchen Geistern sie überantwortet werden sollen.

Christlicher Verein junger Männer; Evangelisches Jugendkartell; Rotes Kreuz; Pfarrer Preiser; Fräulein von Schidloß; Görlitzer Werkstätte ufm.

Diese Namen werden wohl genügen, um die Jugend zu veranlassen, daß sie an diesen Kurzen nicht teilzunehmen haben.

Proletarische Jugend, seid auf der Wacht! Folgt dem Ruf des kommunistischen Jugendverbandes! Her zu uns! **Polli.**

Görlitz Erwerbslosenversammlung

Am Mittwoch, dem 28. Januar, findet um 15 Uhr im Lokal „Zur Altstadt“ (Nikolaigraben) eine öffentliche Erwerbslosenversammlung statt. Erwerbslose von Görlitz, erscheint zahlreich zu dieser Versammlung!

Liegnitz

Bonze Wert schützt den Arbeitermörder Köhne

In der Generalversammlung des **DRB** wurde eine Resolution eingebracht gegen das Schandurteil im Bunzlauer Prozeß. Gleichzeitig wurde darin gegen die Polizeibrutalität bei der Naziverammlung im „Schießhaus“ protestiert. Obwohl selbst die sozialdemokratische „**Volksmacht**“ in Breslau die Blutschuld Köhnes bestätigte, brachte es der Bonze Wert fertig, sich auf die Seite dieses Bunzlauer Mordes zu stellen. Dieser freche Bursche besaß sogar die Unverschämtheit, sich dabei auf das Urteil des Gerichts zu stützen, obwohl ihm nicht unbekannt sein dürfte, daß wiederum die oben erwähnte „**Volksmacht**“ jenes Urteil unter der Überschrift „**Klassenjustiz**“ gebrandmarkt hatte. Er wollte die Resolution daher nicht zur Behandlung zulassen, weil außerdem die Versammlung keine politische sei.

Diese Hilfsleistung für Köhne ist um so unverschämter, weil sich unter den Opfern des Bluturteils auch ein Genosse des Wert befand, der sofort verhaftet worden war. Allerdings soll zugegeben werden, daß er dabei nur den Drehspuren seiner ebenso erbarmlichen Freunde in der „**Volkszeitung**“ gefolgt ist, die auch die Frechheit besaßen, die in dem Prozeß Beurteilten auf das Konto der Kommunisten zu setzen. Obwohl auch nach dieser Richtung der sozialdemokratische Untersuchungsausschuß in Bunzlau einwandfrei festgestellt hatte, daß davon keine Rede sein könnte. Diese Entlarvung Werts ist aber inwieweit von Wert, als sie die Arbeiter aufklärt über den Charakter dieses sogenannten Arbeitervertreters, als der sich Wert immer aufspielt.

Eisenbahner! Alarm!

Aufruf zur Reichskonferenz der Eisenbahner am 21. und 22. Februar in Berlin

Am 11. und 18. Januar fanden in allen Ausgichtsbezirken der Eisenbahn Bezirkskonferenzen der revolutionären Eisenbahner statt. Die Arbeitszeitbewegung, die Forderungen brachten die Eisenbahner in Erregung. Der neue Berat der Gewerkschaftsbürokratie sowohl in der Frage der Arbeitszeit wie der Feiertage zeigt allen Eisenbahnern, daß nur die SPD für die Interessen der Eisenbahner kämpft. Die im ganzen Reich von der RGD, abgehaltenen öffentlichen Eisenbahner- und Belegschaftsversammlung sowie die Bezirkskonferenzen brachten alle Eisenbahner in Bewegung. Die Gewerkschaftsbürokratie aller drei Richtungen wird im Frühjahr genau so wie in allen übrigen Gruppen gemeinsam mit Vorparlament den Vorschlag der Eisenbahner abhauen und alle Mittel und Wege beschreiten, um den Kampf der Eisenbahner niederzuschlagen.

Es gilt daher alle Kampfvorbereitungen gegen den im Frühjahr kommenden Lohnraub zu organisieren. Zu diesem Zweck beruft die Reichsleitung der Eisenbahner der RGD für den 21. und 22. Februar 1931 eine

Reichskonferenz der Eisenbahner

ein. Diese beginnt am Sonnabend, dem 21. Februar, um 14 Uhr, dauert bis um 20 Uhr, und wird am Sonntag, dem 22. Februar, fortgesetzt. Sie endet um 17 Uhr.

Als Tagesordnung schlägt die Reichsleitung vor:

1. Wahl der Konferenzleitung und der Kommissionen.
2. Die Aufgaben der Eisenbahner zur Organisierung des Kampfes gegen den Lohnraub, gegen Feiertagsfragen und für die Verwertung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich in Verbindung mit der politischen Lage.
3. Die Betriebsrätemahlen bei der Deutschen Reichsbahn.
4. Aufstellung der Vorschlagsliste zum Hauptbetriebsrat.
5. Wahl der Reichsindustriegruppenleitung.

Die Reichskonferenz findet in Berlin in den Sophienkäden, Sophienstraße 17/18, statt.

Alle Eisenbahner, sowohl die sozialdemokratisch, christlich organisierten wie unorganisierten usw., die bereit sind, auf der Grundlage der RGD gegen Lohnraub und weitere Verschlechterung der Lebenslage der Eisenbahner zu kämpfen, werden aufgefordert, Delegierte zu dieser Konferenz zu entsenden.

Die Delegiertenzahl wird für die einzelnen Direktionsbezirke nicht festgelegt. Jeder Betrieb hat Delegierte zu entsenden, die in Belegschaftsversammlungen zu wählen sind.

Delegationsmodus

Es haben zu entsenden:

- Dienststellen bis zu 50 Bediensteten 1 Delegierte
- Dienststellen bis zu 200 Bediensteten 2 Delegierte
- Dienststellen bis zu 500 Bediensteten 3 Delegierte
- Dienststellen bis zu 1000 Bediensteten 5 Delegierte
- Dienststellen über 1000 Bedienstete 8 Delegierte

Jetzt gilt es, sofort Belegschaftsversammlungen einzuberufen, zu der Lage der Eisenbahner und zu den Aufgaben der Reichskonferenz Stellung zu nehmen und die Delegierten zu wählen. In jeder Belegschaftsversammlung muß ebenfalls ein

vorbereitender Kampfausschuß

gewählt werden und ein

betriebliches Kampfprogramm

Aus der Fabrikarbeiter-Generalversammlung Hirschberg

Lohnraub auch in der Raltindustrie

Die Gewerkschaftsbürokraten hehen gegen Sowjetrußland und werben für die SPD. — statt den Abwehrkampf zu organisieren

Am Sonntag fand die Generalversammlung des Fabrikarbeiterverbandes, Zählstelle Hirschberg, statt. Der „Kollege“ Henninger (Berlin-Charlottenburg) hielt ein Referat „Arbeiterchaft und Weltwirtschaft“. Er zeigte in seinen Worten die Entwicklung des Kapitalismus und betonte: „Es gibt keine Klasse, die das Problem lösen kann, auch nicht mit Kanonen und Gewalt, denn die Wirtschaft lasse sich nicht mit Politik meistern.“

Kollege Schneider trat entschieden gegen diese blöde Behauptung auf und wies in kurzen Worten auf Rußland hin. Dort grandioser Aufbau — bei uns Niedergang. Das Erwerbslosenproblem ist in Rußland gelöst, in den kapitalistischen Ländern wird die Zahl der Erwerbslosen immer größer. Wenn auch noch so viel in den Gewerkschaftsblättern gegen die Sowjetunion gehetzt wird, die Wahrheit bricht sich doch Bahn.

aufgestellt werden. Bei den Kampfvorbereitungen muß auf die Stärkung der RGD durch Aufnahme neuer Mitglieder und Bildung von Betriebsgruppen der RGD überall erst, wo solche nicht bestehen, der größte Wert gelegt werden.

Die Verbreiterung und Steigerung des Verteilens des „Boll dampf“, unseres Reichsorgans, darf nicht vergessen werden.

Eisenbahner! Man an die Arbeit!

Keine Dienststelle darf es geben, die nicht Delegierte zu der Reichskonferenz entsendet!

Keine Dienststelle darf es geben, auf welcher nicht ein vorbereitender Kampfausschuß gewählt wird!

Keine Dienststelle darf es geben, die nicht ein betriebliches Kampfprogramm aufstellt!

Keine Dienststelle darf es geben, in der nicht eine Betriebsgruppe der RGD besteht!

Keine Dienststelle darf es geben, in der nicht ein Vertrauensmännerkörper besteht!

Keine Dienststelle darf es geben, in der nicht das Reichsorgan der Eisenbahner, der „Boll dampf“, gelesen wird!

Eisenbahner, auf zur Reichskonferenz!

Reichsindustriegruppenleitung der RGD-Eisenbahner

Vor dem Schiedspruch im Bergbau Waldenburg

Christen heucheln Mitgefühl

„Der Deutsche“ jammert, ist aber mit einem Lohnabbau einverstanden. Kumpels, eure Führerin ist die RGD.

Das Glendrevier, so wird es selbst von den bürgerlichen Pressen bezeichnet, das Waldenburg-Neuroder Steinkohlenrevier, soll, nachdem im Ruhrgebiet und Oberschlesien durch den gemeinen Verrat der Gewerkschaftsbürokratie aller Richtungen der Lohnraub durchgeführt wurde, nun folgen. Die Unternehmer fordern 10 Prozent Lohnabbau. Der Lohn der Bergarbeiter im Waldenburger Revier ist schon immer der miserabelste gewesen. Er beträgt pro Schicht der Gesamtbelegschaft 6,35 Mark und für die Kohlen- und Gesteinsbauer 7,00 Mark. Durch das Einlegen der Feiertage ist der Lohn sowieso schon um 10 Prozent gekürzt worden, so daß er jetzt in Wirklichkeit für die Gesamtbelegschaft nur 5,72 Mark und für die Bauer 6,56 Mark beträgt. Weitere 10 Prozent Lohnraub bedeutet, daß selbst für die Bauer der Lohn sich weiter um 60 Pfennig verringern wird.

Schon längst kann der Bergarbeiter im Waldenburger Revier nicht mit diesem Hungerlohn auskommen. Selbst „Der Deutsche“, das christliche Gewerkschaftsorgan, schreibt in der Nummer vom 21. Januar 1931:

„Waldenburg-Neurode war von jeher ein Notrevier. Heute besteht die Bevölkerung überwiegend aus Proletariern der 4. und 5. Generation. Von ihrer Lebenshaltung bekommt man am ehesten ein Bild, wenn man bedenkt, daß 33 Prozent der Familien in einem einzigen Raum wohnen müssen, 38 Prozent hausen in Stube und Küche.“

Das grauenhafte Elend der Bergarbeiter in Waldenburg, das diesem christlichen Organ selbst zu groß, zu katastrophal ist, wird aber nicht dadurch geändert, daß man es aufzeigt, einmal einen Artikel schreibt, sondern indem man den Kampf gegen das profitgierige Unternehmertum organisiert und führt. Nur weil die Gewerkschaftsbürokratie ihren gemeinen Verrat im Ruhrgebiet durchführte, nur weil sie den Streikbruch organisierte, war es möglich, den 300 000 Bergarbeitern im Ruhrgebiet, den 46 000 in Oberschlesien, den 20 000 im Svidlau-Doläniger Revier Millionen Mark Lohngehälter zu stehlen und darüber hinaus auch in den übrigen Revieren den Lohnraub einzuleiten.

„Der Deutsche“, der sich über das Glendrevier beklagt, ist keineswegs gegen den Lohnraub in dem Waldenburger Revier. Er ist lediglich gegen die 10 Prozent. In der Nummer vom 13. Januar 1931 schreibt er:

„Eine soziale Ungerechtigkeit ist es aber bestimmt, wenn man Gehälter über 300 Mark um 6 Prozent abbaut, dagegen dem niederstehenden Bergmann einen 10prozentigen Lohnabbau zumutet.“

Der niederstehende Bergarbeiter kann weder 10 noch 6 Prozent Lohnabbau ertragen. Warum muß er in einer Stube, wo gelocht, geschlafen, wo sich Erwachsene vor den Kindern ausziehen, mit ihnen schlafen müssen, wo die Mutter gebären muß, hauen! Warum haben Tausende von Kindern der Bergarbeiter kein Hemd, kein Bett zum Schlafen? Weil der Lohn nicht ausreicht! Ein weiterer Lohnraub bedeutet noch größeres Elend, noch grauenschwarze Zustände.

Die Bergarbeiter von Waldenburg und Neurode müssen erkennen, daß, wenn sie diese grauenhaften Zustände beseitigen wollen, wenn sie den Lohnraub verhindern wollen, daß es dann nur ein Streik unter Führung der RGD, und den selbstgewählten Streikleitungen. Ruhrgebiet und Oberschlesien zeigt den niederträchtigen Verrat der Gewerkschaftsbürokratie. Er zeigt offen, daß diese Kre-

turen in die Front der Lohnräuber eingerückt sind. Kein Jota Vertrauen zu diesen Streikbrecherorganistoren! Alles Vertrauen zur RGD, der einzigen Führerin im Kampf gegen Lohnraub, für Lohn-erhöhung, muß die Lösung für die Bergarbeiter des Glendreviers sein! Organisiert den Streik! Wählt auf allen Gruben vorbereitende Kampfausschüsse!

Sechs Prozent Lohnraub in der Porzellanindustrie

Gewerkschaftsbürokraten einverstanden

Am 16. Januar wurde für die Porzellanindustrie ein Schieds- spruch gefällt, der eine Reduzierung der Löhne um 6 Pro- zent bringt. Dieser Lohnraub trifft die Porzellanarbeiter um so härter, als im vergangenen Jahre schon ein systematischer Abbau der Alfordlöhne stattgefunden hat. Besonders stark wurden diejenigen Abteilungen mit der Senkung der Stückpreise bedacht, in denen ausschließlich oder überwiegend weibliche und jugend- liche Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden. Die qualifi- zierten Arbeiter hat man im allgemeinen bisher verschont. Das taten die Unternehmer aus sehr durchsichtigen Gründen. Diese Gründe sind folgende: Erstens wußten die Unternehmer sehr genau, daß es nicht so reibungslos abgegangen wäre, wenn sie in allen Abteilungen gleichzeitig diesen Abbau der Stückpreise durchsetzen wollten. Zweitens sitzen in diesen Abteilungen meistens die Spitzen- funktionäre (Betriebsratsvorsitzender usw.), auf die man aus guten Gründen einige Rücksicht nimmt. Die Stundenlöhne werden durch den sechsprozentigen Lohnraub aus empfindlichsten getroffen. Durch die Verschärfung des Arbeitstempes im allgemeinen wurden auch sie zu immer höheren Leistungen gezwungen, ohne ein Wahr an Lohn dafür zu bekommen. Der Lohnabbau hat erfahrungs- gemäß eine neue Steigerung der Leistungen zur Folge, die bei ver- mindertem Lohn sich auf die Zeitlöhner überträgt.

Was hat nun der Fabrikarbeiterverband getan, um einen Lohnabbau zu verhindern? Wir sagen: nichts! Nur wenigen Funktionären war bekannt, daß am 16. Januar überhaupt Lohn- verhandlungen stattfinden. Kein Wort stand davon im Verbands- organ. Obwohl der Leitung des Verbandes bekannt war, daß die Unternehmer Forderungen auf Lohnabbau stellen. Keine Ver- sammlung hat stattgefunden, in der die Porzellanarbeiter über die kommenden Dinge informiert und auf Abwehr eingestellt worden wären. Die Angestellten des Verbandes haben keine Hand gerührt, als man in den Betrieben systematisch den Lohnabbau vorbereitete und durchführte, sie haben jetzt die Arbeiter absichtlich im Dunkeln gelassen, um sie nach den Verhandlungen vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die Gewerkschaftsbonzen haben damit den deutlichen Beweis geliefert, daß sie

gegen den von den Unternehmern geplanten Lohnraub nichts unternehmen wollten,

ja, daß sie diesen Lohnraub im Interesse der Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft für notwendig hielten. Wir dürfen hierbei den Lohnraub in der Porzellanindustrie und die Forderung der So-

Das Gewerkschaftskartell Hirschberg wurde durch den Bevoll- mächtigten der Zählstelle scharf angegriffen. Es sei erwähnt, daß die stärkste Gewerkschaft in Hirschberg nicht im Vorstande des Kartells vertreten wäre. Auch der Angestellte Richter witterte höchst los. Hier scheint etwas nicht in Ordnung zu sein! Der Vorsitzende Boh- lobte das „gute Einvernehmen mit den Behörden“. Gewerkschaften und Sozialdemokratie müßten ein noch „besseres Verhältnis“ zu- einander herstellen. Jeder Kollege müsse Mitglied der Sozialdemo- kratie werden. Na, was die Sozialdemokratie in den zwölf Jahren im Reich und den einzelnen Ländern und Gemeinden „geleistet“ hat, geht auf keine Kuhhaut. Die freien Gewerkschaften sind heute zu Unterstützungsvereinen herabgesunken. Nur durch Anschluß an die RGD, und die SPD, kann ein erfolgreicher Kampf geführt werden. In seinem Schlusswort bestritt der Referent, daß es in Rußland keine Arbeitslosen mehr gebe. Im Geschäftsbericht wurden die Kommunisten als Feinde der Arbeiterchaft bezeichnet.

Bei der Firma Schubert u. Co. in Wertheisdorf wurde ein Lohnabbau genehmigt. (1) In der Raltindustrie Kaufung wurden die Stundenlöhne um 4 Pf. gekürzt sowie die Alford- löhe um 10 bis 15 Prozent.

„Leider konnte nichts unternommen werden“, sagt der Bericht. Demo- gogisch wird behauptet, in einem Betrieb „mußten“ die Arbeiter billiger arbeiten, weil Rußland eine Bestellung aufgegeben hatte, und der Unternehmer erklärte, er könne die Bestellung nur annehmen, wenn die Arbeiter von ihrem Lohn heruntergingen. Hier war ein „Kuhland“ — nicht die Profitgier des Unternehmers.

So waren die Generalversammlung und der Geschäftsbericht ein unverschämter Versuch, die Sozialdemokratie zu loben und Sowjet- rußland und die Kommunisten herunterzureißen. — Kollegen, glaubt den Gewerkschaftsbürokraten nicht. Verlaßt euch nur auf den eigenen gefunden Verstand — und ihr werdet erkennen, daß es so wie bisher nicht weiter geht. Her zu uns, in die rote Front!

wirtschaftsbonzen dazu nicht als einen besonderen Fall betrachten, sondern wir müssen sehen, daß das ein Fall von vielen ist. Beim Berliner Metallarbeiterstreik hat der Sozialdemokrat Sinzheimer für einen Lohnabbau von acht Prozent gestimmt, und der Streik wurde abgewürgt. Als im Ruhrgebiet die Bergherren das Lohnabkommen kündigten, schlugen Hufemann und Genossen vom Bergarbeiterverband selbst einen Lohnabbau von vier Prozent vor, und als die Ruhrkumpels unter Führung der RGD in den Streik traten, um den Lohnabbau abzuwehren, forderte Hufe- mann zum Streikbruch auf.

In Oberschlesien dasselbe Bild. Das sind nur einige Bilder aus der Streikbrüchigkeit der Gewerkschaftsbonzen aus der letzten Zeit. Die Gewerkschaftsführer haben sich zur Aufgabe gemacht, das fluchbeladene kapitalistische System zu schützen und zu stützen, und sie haben gezeigt, daß ihnen bei dieser Aufgabe keine Lumperei fremd ist.

Porzellanarbeiter, fordert Redenshaft von den Gewerkschafts- bonzen, denen ihr eure Beiträge zahlt. Eure Beiträge sind nicht dazu da, um den Bonzen für eure vom Munde abgedachten Großen ein angenehmes Leben zu bereiten. — Set euch hinter die RGD!

Nazistreibbrecher - 100Mk. Belohnung

Zur „Angriff“, dem Blatt des Naziführers Goebbels, stellt dieser die Behauptung auf, daß Nationalsozialisten bei keinem Streik als Streikbrecher aufgetreten seien. Goebbels will 100 Mark Belohnung jedem zahlen, der das Gegenteil nachweist.

Wir ersuchen alle Arbeiter, uns aus der Fülle der bereits vorliegenden Tatsachen, wo Nazis als Streik- brecher aufgetreten sind, die konkreten Fälle mit Namen- angabe und Adressen der Nazistreibbrecher sowie die Docu- mente der Nazis, Flugblätter, Zeitungen usw., wo zum Streikbruch aufgefordert wird, einzusenden. Das Ma- terial ist zu senden an folgende Adresse:

Kommunistischer Pressedienst, Berlin S. 25, Kleine Alexanderstraße 23.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Montag, den 28. 1.,
20.15 Uhr
Dreimal Waterloo
Dienstag, 27. 1., 15.30 Uhr
Katharina Knie
Von Dienstag, den 27. 1.,
bis Sonntagabend, den 31. 1.,
20.15 Uhr
Dreimal Waterloo
Sonntag, 1. 2., 15.30 Uhr
Katharina Knie
Sonntag, den 1. 2., und
Montag, 2. 2., 20.15 Uhr
Dreimal Waterloo

Thalia-Theater
Von Montag, den 26. 1.,
bis Sonntagabend, den 31. 1.,
20.15 Uhr
**Der Mann
den kein Gewissen trieb**
Sonntag, 1. 2., 15.30 Uhr
Das Konto X
Luftspiel von Bernauer
und Deitersfelder
Sonntag, den 1. 2., und
Montag, den 2. 2.,
20.15 Uhr
**Der Mann
den kein Gewissen trieb**

Preise in Trümmern

*Unser Inventur-Ausverkauf
schlägt mit dieser Preisliste
alle bisherige Rekorde*

Kinderkleider, 1 Posten Sommerkleider	RM. 0.30	Nachtblau Velourmanteil auf Futter mit einem Pelzkragen, (Stellisch) für Frauenkleider, Pelzplüschmanteil	RM. 13.00
Kindermäntel, Röcke, 1 Posten Waschkleider	RM. 0.95	Weite Frauenteile in Ottomane, ganz ge- füttert, rote und blaue Backschneid- kleider	RM. 12.00
Winterkindermäntel, Windjacken, 1 Posten Waschkleider	RM. 1.50	Velourmanteil mit großem Pelzschalkragen, auf Futter, extra weite, reißwollene Otto- manneinteile auf Futter, schwarze Woll- plüschmanteile	RM. 23.00
Weiße Fräuleinmanteile, Perliselmanteile Früh- jahrmäntel, Seidenkleider, Wasc. Kleid.	RM. 4.50	Sealplüschmanteil, Abendkleider in eleganter Ausführung u. l. modern. Längen, 'e'our- manteil u. pr. Qual. u. groß. Pelzschalkrag.	RM. 33.00
Blau-velour- und Ottomane m. Gummi m. m. m. Kleider, Wollkleider	RM. 6.00		
Blau-velour- und Ottomane m. Gummi m. m. m. Kleider, Wollkleider	RM. 7.50		
Blau-velour- und Ottomane m. Gummi m. m. m. Kleider, Wollkleider	RM. 9.00		

Leopold Bermann
Damen- und Mädchen-Mantel-Fabrik
Breslau 1, Reuschestraße 55

5 LETZTE TAGE

Unwiderlich nur noch bis Sonn-
abend, 31. Januar, im CIRCUS BUSCH:

Der CIRCUSKÖNIG

mit **23**

Sensationen — Vorstellungen
täglich 4 Uhr nachm. und 8 Uhr abends!
Schmitz & halbe Preise für Erwachsene und
Kinder, abends halbe Preise nur für Kinder
auf allen Plätzen

Vorkauf: Barasch (Tel. 8284)
Werbheim (Tel. 22111)

sowie den ganzen Tag am Circus (Tel. 29135)

Riesen-Circus GLEICH

im Circus-Busch-Gebäude (Tel. 29135)

Vor Einkauf von
Möbeln u. Stühlen
aller Art

vom einfachsten bis zum ge-
deinsten Genre besichtigen
Sie bitte völlig unverfänglich
unser reichhaltig. Fabrikager!
Sie werden dort bestens und
billigst bedient. Teilz. gestattet.

Biener & Dührig, Breslau
Stühle u. Möbeln detail, en gros
Geschäft: Matthiasstr. 107
Fabriklager: Weinbergsweg 18-20

Für A. I. Z. Vertriebs-
arbeit werden

tüchtige Mitarbeiter gesucht

Interessenten werden ge-
beten, ihre Adresse dem
Sekretariat der KPD,
Breslau, Oderstraße Nr. 23
mitzuteilen

Angemessene Entschädi-
gung wird zugesichert

Wenn ich nicht
zu
Hause war,
War ich stets im

ALKAZAR

8-4 Uhr
pauensl. Weltstadt-
Varieté
30 Tischtelefone
Str. 1.10 M. (Nkl. Steuer)

Vergnügungs-
Palast

Broadway

Gartenstraße 65
Täglich 8 Uhr
Deutsche ds beste
„Damen-Opelle“
„Dunbar Negro“
pirritual-Singerz
Variete-Einlagen
Tanz für Publikum
Kontin 30 Pfg.
Sonnab. und Sonntag
0.01.

Kauft nur
bei unseren
Inferenten

Mein Inventur-Ausverkauf ohne Beispiel

beginnt am Mittwoch, dem 28. Januar, um 8 1/2 Uhr morgens
Umsturz aller Preise, darum alle Mann zu Manneberg

Hemdentuch 80 cm	0.39	0.28	Damen-Taghemd	0.90	0.50	
Bettlinon 80 cm	0.65	0.39	„ -Nachthemd	1.85	0.95	
130 cm	0.95	0.65	„ -Nachtjacke	1.50	1.25	
Wallis 80 cm	0.85	0.65	„ -Prinzeßrock	1.80	1.35	
130 cm	1.45	1.00	„ -Hemd hose, fein gestickt	0.75	0.48	
Damast 80 cm	1.10	0.75	Herren-Nachthemden	2.75	2.20	
130 cm	1.75	1.40	Makro- u. waschd. Damenstrümpfe	0.70	0.35	
Creas und Dowlas 130 cm	0.75	0.75	Strapazier-Socken	3 Paar nur	0.95	
für Bettlaken 140 cm	0.95	0.95	Kavalier-Socken	4 Paar nur	0.95	
150 cm	1.10	1.10	Küchenhandtücher Baumwolle	0.32	0.15	
Inlett 80 cm	1.75	1.10	dto. 110 cm, reinleinen	0.59	0.42	
130 cm	2.75	1.80	Gesichts-Handtücher	0.65	0.42	
Vorhangdamast 130 cm	1.85	1.40	Frottier-Handtücher	0.79	0.39	
Weißer Bettbezug mit 2 Kissen	4.40	3.50	Frottierstoff, 140 cm breit	2.25	2.25	
1 Kiss. glatt, 1 Kiss bestückt	4.75	3.85	Wischtücher	0.35	0.18	0.10
Parade-Garnitur, la Linon, 1 Kissen platt, 1 Kiss m. herl. Motiven	6.75	5.90	Tafeltücher 130/225 cm	4.25	3.75	
Wallis-Bezug m. 2 Kissen	9.00	6.75	Tischdecken für 6 Personen	2.85	2.50	
Damast-Bezug m. 2 Kissen	11.50	8.50	Künstlerdecken	3.75	0.79	
Bunter Bezug mit 2 Kissen	5.45	5.45	Kaffee- u. Teegedecke für 4 Pers.	0.95	0.95	
Inlett, fertig genäht	7.50	6.50	Servietten weiß 55/55	0.45	0.45	
Bettlaken, blütenweiß 150/200 2.50, 140/200 1.95, 130/200	1.95	1.55	„ bunt indanthren	0.25	0.05	
Hohlsaum-Bettlaken	1.95	1.95	Rolltücher	1.25	0.85	
Künstlergardinen, dreiteilig, von 1.50 an						

Ein Extra-Posten Bettwäsche aus Resten gearbeitet, rücksichtslos herab-
gesetzt. Angestaubte Leibwäsche, diverse Reste und Abschnitte werden
für einen Bruchteil des Wertes verkauft.

Wäsche-Manneberg

Inhaber Lutz Manneberg

Durch eigene Fabrikation höchste Leistungsfähigkeit.

Breslau, Reuschestraße 45

Achten Sie bitte auf Namen und Hausnummer

Warnung vor einem Schwindler!

Seit einiger Zeit treibt der
frühere Akquisiteur Kurt Müller
in Schlesien und Oberschlesien
sein Unwesen. Wir warnen
alle Geschäftsleute und Partei-
genossen vor Müller, der keinerlei
Berechtigung hat, für die in
unserem Verlage erscheinende
„Arbeiter-Zeitung für
Schlesien u. Oberschlesien“
Inseraten-Aufträge zu sammeln
noch sonst irgendwelche Gelder
zu kassieren

Schlesische Verlagsgesellschaft
G. m. b. H.
Breslau 10, Trebnitzer Straße 50

Tüchtige Genossen

finden lohnenden Nebenverdienst
durch Werbearbeit
Zuschriften an die Verlagsleitung der
Arbeiter-Zeitung
in Breslau X, Trebnitzer Str. 50

WAPPENHOF

Heute Dienstag, ab 4 Uhr
sowie täglich (außer Sonnabend)

Gr. Nachmittags-Vorstellung

mit dem internationalen Programm:
Irma Mainardi, Violine, Instrumental-
virtuosin, Gusti Edler, Jo. Terin und
wie er Sourette, Crocers und Crocers,
ein 1.000iger Lachschräger, Petri-
Comp., Scherz und Ernst auf Fah-
rädern, The 3 Houstons, d. beste Percu-
ssion d. Welt, 4 Reusa-Sisters, das Spiel
mit dem Leben, Willy Hampf mit sei-
nen Originalvorträgen, La Parle, ein
Traum von Licht und Schönheit

Wappenhof-Woche: Neuestes aus aller
Entrée 50 Pfg. Ab 8 Uhr:
Abendvorstellung mit Ball
2 Kapellen
Entrée einschließl. Ball 50 Pfennig

Tüchtiger umsichtiger Expedient

zum sofortigen Eintritt
gesucht

Bewerber nicht über 25 Jahr
wollen Zeugnisabschriften
usw., oder Angaben über
bisherige Tätigkeit — so-
wie Parteizugehörigkeit
einsenden unter Chiffre
K. G. an die Expedition
dieses Blattes

Wir suchen tüchtige Anzeigen- vertreter

bei guter Verdienstmög-
lichkeit. Es kommen nur
Vertreter in Frage,
welche für eine intensive
Werkarbeit Gewähr
bieten.

Angebote an die Anzeigen-
Expedition für die Arbeiter-
Zeitung u. m. b. H. Berlin
SW 43, Wilhelmstraße 20

Getragene Mäntel

für Herren
und Damen
von 5.- Mk. an

Leihhaus Grundmann
Breslau
Trebnitzer Str. 21

Inserate haben in unserer Zeitung besten Erfolg

Nur 6 Tage!

Beginn:
Mittwoch, 28. Januar

Inventur- Ausverkauf

Beispiellos günstige
Kaufgelegenheiten
in allen Abteilungen!

Die niedrigsten Preise seit 1918!

Verlangen Sie kostenlos
unsere reich illustrierte
Ausverkaufs-
Preisliste!

LEINENHAUS
BIELSCHOWSKY
NIKOLAISTR. 72-76 BRESLAU ECKE HERRENSTR.

Brauerei und Ausschank Zum großen Meerschiff

Inhaber Erieb Vogel, Reuschestr. 28 (1 Min. v. Königsplatz)

Ausschank nur selbstgebrauter Biere
Anerkannt gute Küche — Mittagstisch von 12-3 Uhr